



Kollektiv

Dagegenhalten

Zivilgesellschaftliche Solidarität(en)
gegen das EU-Grenzregime

Herausgeber*in:

Kollektiv „Dagegenhalten“

Prof. Uta Ruppert/Schwerpunkt Globaler Süden

FB 03 / Goethe Universität

PEG HPF 16

60629 Frankfurt/M

E-Mail: kollektiv.dagegenhalten@posteo.de

Autor*innen: Für den Inhalt der einzelnen

Beiträge sind die jeweiligen Autor*innen
verantwortlich.

Bilder: © Milos Stosic ([instagram.com/stosicmilos](https://www.instagram.com/stosicmilos)), S. 31 Grafik © Serena Chiodo
und Anna Dotti (2020): *„Die brutale Seite der
Französischen Riviera“* hrsg. Rosa Luxemburg Stiftung.

Gestaltung: Felix Kutschinski

Diese Broschüre wird mit Unterstützung der
Stiftung PRO ASYL veröffentlicht.

**stiftung
PRO ASYL**

Einleitung

Kollektiv Dagegenhalten

Zivilgesellschaftliche Solidarität(en) gegen das EU-Grenzregime

VOM KOLLEKTIV DAGEGENHALTEN 04

Reflexion zur eigenen Involviertheit in rassistische Verhältnisse

Ein Einwurf von einer der beteiligten Forschungsgruppen

VON H. AKDENIZ, M. BAUM, C. FILIZ, M. HAUCK, I. MAHMUT & M. NEKOLLA 08

Helfende Ansätze

„Man muss die Politik zum Arbeiten bringen“

Refugee Law Clinics Gießen und Berlin

VON S. COSTAGLI, C. SCHILLER & M. VOIGT 15

Mehr als nur Deutschkurse

Teachers on the Road

VON C. BENEDIX & L. ULMER 19

Grenzüberschreitende Solidarität

Mit langem Atem gegen Abschiebehaft

Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.

VON A. BALUSCHEK, J. THIEL & P. ZIMMER 25

Solidarität, Care und Widerstand an der französisch-italienischen Grenze

Kesha Niya

VON J. BEHREND, R. LEUTHNER, D. REINHARDT, C. STÜHLEN, A.-R. WENZ & F. ZIRKER 28

Solidarität von Migrant*innen für Migrant*innen

Für uns ist Solidarität kein Hobby!

Afghan Refugees Movement

VON H. AKDENIZ, M. BAUM, C. FILIZ, M. HAUCK, I. MAHMUT & M. NEKOLLA 33

„Wir sind Familie, wir sind da“

Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen e.V.

VON J. BARTH, M. GRASSE & H. RABIEN 36

Flüchtlingsfrauen* werden laut

Women in Exile

VON N. BÄRTHLEIN, N. BI, M. BRINGS & M. E. TROIA 40

Informationen und Kontakt zu den Gruppen und Organisationen 44

Hinweis zu den Bildern im Heft:

Milos Stosic (instagram.com/stosicmilos) dokumentierte über mehrere Jahre die Situation von Schutzsuchenden in Serbien. Die Fotoauswahl, die durch diese Broschüre führt, soll einen Einblick in ihre prekäre Lebensrealität geben. Er schreibt:

„These images are selected from a story I have been working on from 2015 to 2020, and named it ‚In Limbo‘.

It is a document covering the arrival of migrants from far away from the Middle East (Pakistan, Afghanistan, Syria) and Africa, travelling and walking for thousands of kilometres through sea and the land, through Turkey, Greece, Northern Macedonia, Bulgaria, Romania, and finding themselves in the centre of Belgrade, Serbia, on the edge of the European Union, but still not in the EU – but in it's Limbo.“





Zivilgesellschaftliche Solidarität(en) gegen das EU-Grenzregime

Liebe Leser*innen,

nicht erst mit dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos am 9. September 2020 sind Bilder der Gewalt gegen Schutzsuchende in Europa und vor allem an Europas Außengrenzen zur bedrückenden Normalität geworden. So vielfältig die Gründe für Flucht und Migration in jedem Einzelfall sind, so strukturell sind ihre Ursachen. Krieg, Armut, Recht- und Perspektivlosigkeit, Verfolgung und Unterdrückung, Menschen gemachte Naturkatastrophen, die zumeist Regionen der südlichen Kontinente betreffen, kurz: die zutiefst ungleiche Weltentwicklung und die Asymmetrien der Globalisierung, bilden die Wurzeln von Flucht- und Migrationsbewegungen.

Dabei ist und war Migration stets eine der – produktiven – Grundlagen von Weltentwicklung und Globalisierung. Für Gesellschaften stellt sich seit jeher die Frage, wie sie mit der Ankunft von Fremden umgehen. Das gilt auch für die Europäische Union. Hier stehen nach dem „Sommer der Migration“ 2015 eine menschenrechtsbasierte Migrations- und Asylpolitik und solidarische Initiativen aus der Zivilgesellschaft immer mehr unter Druck von rechten und autoritären Akteuren und Regierungen. Das Asylrecht wird weiter ausgehöhlt Schutzsuchende werden in Lagern wie auf den

griechischen Inseln interniert, die Militarisierung der Außengrenzen weiter vorangetrieben und die allzu oft Menschenrechte verletzende EU-Politik der Migrations- und Fluchtabwehr beginnt immer weiter vor den europäischen Grenzen. Die Abschottung nach außen geht dabei innerhalb der EU mit einer verstärkten Ausgrenzung und rassistischen Mobilisierungen einher.

Die Krise der EU und die Aufgabe der Solidarität

Der Umgang mit Migrant*innen fordert auch das politische Selbstverständnis der Europäischen Union heraus. Für wie universal halten wir als Europäer*innen die universale Erklärung der Menschenrechte? Gilt sie auch für Menschen ohne (europäische) Staatsbürger*innenschaft? Vermeintliche und tatsächliche Krisen im Zusammenhang mit Fluchtbewegungen betreffen „[...] nicht nur die Frage, wer zu uns dazugehört, sondern wer oder wie wir sind.“, schreibt der Frankfurter Philosoph Christoph Menke im Anschluss an Hannah Arendt, die Diskussion um die Flüchtlingskrise zeige, „dass wir nicht nur konsequenter wir selbst sein, sondern dass wir zugleich anders werden müssen.“¹ Wir müssen anders werden, anders zu werden in diesem Sinne kann bedeuten, unsere „imperiale Lebensweise“² zu verändern, um nicht perma-

nent mehr Fluchtursachen in anderen Teilen der Welt zu produzieren. Anders zu werden kann aber auch bedeuten, ein anderes „Wir“ zu werden – wir müssen ein anderes werden.

Solidarität als Konzept und als Handlungsweise, anders zu werden und ein anderes „Wir“ zu werden, ist das Thema dieser Publikation. Angeregt nicht nur durch die vielfältigen Unterstützungsnetzwerke für Geflüchtete wurde in den letzten Jahren sehr viel und sehr verschieden geredet und geschrieben über Solidarität. Von der Altkleiderspende über die nachbarschaftliche Unterstützung im Alltag bis zum ehrenamtlichen Engagement in den Unterkünften von Geflüchteten werden unter dem Begriff der Solidarität oft alle Handlungen zusammengefasst, die im weitesten Sinne dazu beitragen sozialen Zusammenhalt zu schaffen. Im Folgenden soll es im Unterschied zu diesen Ansätzen der Hilfe oder Unterstützung vor allem um solche Perspektiven und Praxen gehen, die strukturelle Veränderungen zum Ziel haben und die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, welche einem anderen „Wir“ im Wege stehen, abbauen und umbauen wollen.

Beiträge zur Broschüre

Die hier versammelten Beiträge berichten von verschiedenen Ansätzen, Formen und Projekten der zivilgesellschaftlichen Solidarität, von Unterschieden zwischen den Akteur*innen, ihren unterschiedlichen Umgangsweisen mit der eigenen Einbettung in Macht- und Ungleichheitsverhältnisse und von ihren verschiedenen politischen Zielen und Visionen. Sie präsentieren einen Teil der Ergebnisse eines einjährigen Seminars über solidarische zivilgesellschaftliche Praxen im Kontext von Flucht und Migration in der EU, das im Winter 2019 und im Sommer 2020 an der Goethe

Universität Frankfurt am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Schwerpunkt „Global South“ von Prof. Dr. Uta Ruppert und der Europaabteilung der Frankfurter Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, vertreten durch Dominik Meyer, gemeinsam mit einer Gruppe von knapp 40 Studierenden des Fachbereichs durchgeführt wurde. Ein Jahr lang haben wir gemeinsam über zivilgesellschaftliche Praxen der Solidarität gelesen, gedacht und diskutiert, uns auf Expert*innen-Interviews mit Vertreter*innen verschiedenster Organisationen vorbereitet, die Interviews durchgeführt und ausgewertet. Alle Beiträge in diesem Heft wurden von den jeweiligen Arbeitsgruppen der Studierenden selbst entwickelt und verfasst.

Solidarität als politisches Projekt

Politische Solidarität ist – und war immer schon – eine der wichtigsten Grundlagen emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe. Damit ist sie zugleich ein zentraler Pfeiler der Abwehr rechter Ansinnen. In Auseinandersetzung mit und im Nachdenken über verschiedene theoretische Ansätze – von der Kritischen Theorie Herbert Marcuses über die ältere bis zur aktuellen Kulturosoziologie und von den politischen Forderungen von Schwarzen feministischen Theoretikerinnen und Aktivistinnen bis zu den aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatten über solidarische Ansätze in der Asylpolitik – haben wir uns im Seminar daran angenähert, was unter Solidarität als politischem Projekt genauer zu verstehen ist. Dabei haben wir sechs grundlegende Merkmale herausgefiltert, die nicht nur auf Organisationen im Feld von Flucht und Migration zutreffen, sondern für viele politische Projekte, die Gleichheit, Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle anstreben, maßgeblich sind.

Solidarität in diesem Sinne

- ist eine emanzipatorische Praxis, die sich gegen Unterdrückung wendet und auf Befreiung von Ungerechtigkeit zielt;
- ist inklusiv und will Gerechtigkeit und ein gutes Leben nicht für bestimmte Gruppen, sondern für Alle. Sie ist deshalb immer und insbesondere im Kontext von Flucht und Migration antirassistisch, antisexistisch und kapitalismuskritisch;
- bezieht ihre Kraft und Perspektive über das Handeln von Individuen hinaus aus kollektiven Praxen;
- ist also nicht nur eine politische Einstellung, sondern eine politische Leistung, die in gemeinsamen Prozessen erarbeitet wird;
- muss dabei offen sein für Kritik und Weiterentwicklung;
- ist daher nie abgeschlossen oder „fertig“, sie ist vielmehr eine offene politische und soziale Praxis, durch die die Ideen und Potenziale von Humanität und Gerechtigkeit immer weiter verhandelt und immer wieder neu hergestellt werden.

Kontinuum der emanzipatorischen Wirkungen

Diese Merkmale von Solidarität lassen sich auf unterschiedliche Weise, in unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Kombinationen bei allen befragten Gruppen und Projekten auffinden. Je nach Arbeitsansatz, politischen Zielen und Formen der Kooperation entfalten sie verschiedene gesellschaftliche Wirkungen, die für die Veröffentlichung in diesem Heft in drei Rubriken zusammengefasst wurden.

Unter „helfenden Ansätzen“ werden im ersten Abschnitt Projekte vorgestellt, die grundlegende Unterstützungsleistungen für Schutzsuchende erbringen, die nicht

in jedem Fall mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung und der Herstellung eines anderen, neuen „Wir“ einhergehen. Aber auch dann, wenn sie damit den weitreichenden Ansprüchen an Solidarität als emanzipatorisches politisches Projekt nicht voll entsprechen, sind Angebote wie sie etwa die Refugee Law Clinics machen, für viele Menschen im Asylverfahren von existenzieller Bedeutung.

Unter grenzüberschreitenden Solidaritäten werden im zweiten Teil verschiedene Praxen der Solidarität zusammengefasst, die im einen oder anderen Wortsinne „an die Grenzen“ gehen und dabei vorhandene Grenzen und Begrenzungen zugleich herausfordern und – im Idealfall – (partiell) überwinden.

Von besonderer Bedeutung für das „Ander-Werden“ und das andere „Wir“ einer im menschenrechtlichen Sinne solidarischen Gesellschaft sind schließlich die unter dem Titel „Solidarität von Migrant*innen für Migrant*innen“ beschriebenen Gruppen und Prozesse. Für sie gilt in besonderem Maße, was generell auf jedes der hier vorgestellten Projekte und jede Gruppe bzw. Initiative zutrifft: So verschieden ihre Gerechtigkeitskonzeptionen, ihre gesellschaftspolitische Reichweite und ihre Ansprüche an Selbstreflexion einerseits auch sind, so deutlich wird andererseits, dass sich die Horizonte der Gerechtigkeit, um die jeweils gerungen wird, in und mit den jeweiligen Praxen und Erfahrungen entwickeln und erweitern.

(Selbst-) Kritik und Solidarität

Darüber, dass Formen der Selbstorganisation migrantischer Gruppen für die Theorie und Praxis emanzipatorischer

Solidarität besonders wichtig sind, bestand zwischen allen Herausgeber*innen der Broschüre und allen Arbeitsgruppen von Studierenden große Einigkeit. Nicht umsonst verweisen migrantische Selbstorganisationen immer wieder auf die Notwendigkeit, die Zusammenhänge von Unterdrückung und Privilegierung bewusst zu machen. Im Seminar wurde daher intensiv die Frage diskutiert, an welche Stelle in der Broschüre die Beiträge zu migrantischer Selbstorganisation gesetzt werden sollten – an den Anfang, um die Wichtigkeit dieser Ansätze zu unterstreichen? Oder an das Ende, um das Kontinuum der emanzipatorischen Wirkungen von Solidaritäten mit den für die Fragen des gesellschaftlichen „Wir“ zentralen Beiträgen migrantischer Gruppen abzuschließen? Geeinigt haben wir uns schließlich darauf, die Beiträge ans Ende zu setzen, aber einen Ausschnitt unserer Reflexionen zu dieser Frage in einem zweiten Vorwort der Broschüre voranzustellen.

Dank

Zum Schluss bleibt uns als Herausgeber*innenkollektiv, allen Beteiligten noch einmal ausdrücklich zu danken. Allen Interviewpartner*innen danken wir sehr für ihre Zeit und den Vertrauensvorschuss, den sie uns, obwohl – und zum Teil auch gerade weil – wir kein konventionelles, Drittmittel gefördertes Forschungsteam waren, gewährt haben. Den Studierenden danken wir für ihr sehr weit über das übliche Maß hinausgehende Engagement während des gesamten Seminars und nicht zuletzt für die Abfassung ihrer Beiträge, für die im universitären „Bologna-System“ weder Extra-Punkte noch Noten vergeben werden konnten. Innerhalb des Global South Teams danken wir ganz besonders Julian Toewe,

der den allergrößten Teil der editorischen Arbeit geleistet hat und uns durch seine analytische Klarheit und kollegiale Beharrlichkeit schließlich doch noch auf den Punkt gebracht hat. Nicht zuletzt danken wir der Stiftung Pro Asyl für die finanzielle Unterstützung der Publikation. Als Kooperation von Pro Asyl und Global South, die zivilgesellschaftlichen Perspektiven und akademische Debatten im Sinne einer gemeinsamen Arbeit an Theorie und Praxis politischer Solidaritäten verbindet, will sich Kollektiv „Dagegenhalten“ auch zukünftig zu Wort melden. Das nächste gemeinsame Forschungsseminar zur „Politik der Lager“ beginnt im Oktober 2021. □

Frankfurt im September 2021

*Julian Toewe, Philipp Hammer und Uta Ruppert
(alle „Global South“) und Dominik Meyer (Pro Asyl)*

1 Menke, Christoph (2016): *Zurück zu Hannah Arendt – die Flüchtlinge und die Krise der Menschenrechte*, Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, Ausgabe Juli 2016, Klett-Cotta, Stuttgart.

2 Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, oekom Verlag, München.

Weiterführende Literatur:

Óscar Agustín/ Martin Bak Jørgensen (2019): *Solidarity and the 'Refugee Crisis' in Europe*, Cham.

Heinz Bude (2019): *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*, München.

Angela Davis (2016): *Freedom is a constant struggle. Ferguson, Palestine and the Foundations of a Movement*, Chicago.

Herbert Marcuse (1969): *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt.

movements. *Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*. Online und mit Beiträgen auf Deutsch und Englisch: <https://movements-journal.org>

Reflexion zur eigenen Involviertheit in rassistische Verhältnisse

Ein Einwurf von einer der beteiligten Forschungsgruppen

Von Hilal Akdeniz, Max Baum, Candas Filiz, Mirela Hauck, Isa Mahmut und Marcel Nekolla

“Solidarität heißt, dass nicht über einen geredet wird, sondern mit einem.

In den verschiedenen Interviews, die dieser Broschüre zugrunde liegen, ist gerade aus migrantischer Perspektive eines deutlich geworden: In Bündnissen und Allianzen zwischen migrantischen und mehrheitlich weißen Gruppen spiegeln sich Machtverhältnisse wider, die Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse sind. Eigentlich nichts Neues. Und trotzdem wird die eigene Involviertheit in symbolische und materielle Herrschaftsverhältnisse von weißen, sich als solidarisch begreifenden Menschen noch zu wenig reflektiert. Das muss sich ändern.

Verkörperte Erfahrungen von Unterdrückung

Rassifizierte¹ Menschen werden immer und immer wieder dazu aufgefordert über (ihre) Erfahrungen von Unterdrückung zu sprechen. Sie nehmen dabei in Kauf mit Un-

verständnis, Ablehnung und Aggressionen konfrontiert zu werden - das kostet Kraft und birgt Gefahren. Weiße, nicht rassifizierte Menschen teilen diese Erfahrungen nicht, haben sie nicht an ihren Körpern gefühlt. Zuzuhören wäre dabei ein erster Schritt und selbst zu versuchen, sich entsprechendes Wissen anzueignen, um besser zu verstehen. Deshalb ist es wichtig unterschiedliche Positionierungen stärker anzuerkennen und selbstkritischen Reflektionen Raum zu verschaffen ist von zentraler Bedeutung, wenn Schwarze, Indigene und People of Color über ihre Erfahrungen berichten.

Denn es geht um verkörpertes Wissen, um Erlebnisse, die daraus resultieren, dass gesellschaftliche Strukturen und Diskurse Menschen entlang verschiedener Unterdrückungsverhältnisse ganz unterschiedlich in der Gesellschaft positionieren und im Leben verorten. Nesrin Unvar, die Schwester von Ferhat Unvar, der am 19. Februar 2020 in Hanau von einem Rassisten ermordet wurde, sagte auf der Kundgebung am 22.08.2020 in Hanau, 6 Monate nach der rassistischen Tat „Ich möchte, dass Blonde und Schwarzhaarige in der Schule gleiche

Chancen haben. Ich möchte keine Angst haben bei einer Bewerbung ein Bild abzusenden und meinen Namen zu nennen. Ich möchte, dass das Leben für eine Aisha nicht schwieriger ist als für eine Lena“.²

In der Rede wird deutlich, dass es um „reale Machtdifferenzen und unterschiedliche Subjektpositionen“³ geht, die die Einen privilegieren und die Anderen unterdrücken. Stereotype Eigenschaften werden über rassistische Zuschreibungen mit den beiden Subjekten, Lena und Aisha, verbunden. Eine Lena wird sich darüber nie Gedanken machen müssen, eine Aisha muss es aber, weil sie die Unterdrückung erlebt. Diese unterschiedlichen Formen der Erfahrung prägen uns alle unterschiedlich und sie beschränken sich nicht auf die Klassenzimmer oder die Büroräume der Personalabteilungen. Sie betreffen, wie es Nesrin Unvar beschreibt, das gesamte Leben der einzelnen Menschen.

Alle sind betroffen, aber sehr unterschiedlich

Und so bequem es für die solidarischen Menschen wäre – Rassismus kann niemals nur bei den „anderen dort drüben“ verortet werden. Weiße, wie Schwarze, Indigene und People of Color sind davon betroffen – nur in vollkommen unterschiedlicher Weise. Rassismus durchdringt unser aller Leben, unterdrückt und privilegiert. Und genau deshalb stellt sich die Frage inwiefern diese realen Machtverhältnisse auch in solidarischen Allianzen und Bündnissen reproduziert werden – denn diese stehen nicht außerhalb, sondern befinden sich inmitten der Gesellschaft, die sie kritisieren. Dabei bleibt zu betonen, dass sich die Analysen in dieser Broschüre um politische Solidaritäten drehen, in deren Horizont Utopien stehen, welche kraftvolle, gemeinsame

Kämpfe ermöglichen sollen. Wie wichtig dafür Formen der exklusiv-migrantischen politischen Organisation sind, die sich von ihrem weiß dominierten politischen Umfeld abheben, haben unsere Interviews gezeigt.

Fallstricke des guten Willens

Für jemanden sprechen zu wollen, der selbst dazu in der Lage ist, aber systematisch nicht gehört wird; oder zu denken, man wüsste, wie es richtig und wie es falsch ist, ohne andere Stimmen wirklich ernst zu nehmen, stellen Verhaltensmuster dar, die Schwarze, Indigene und People of Color in Allianzen und Bündnissen mit mehrheitlich weißen Gruppen wiederholt erfahren. Dadurch finden die Stimmen der Betroffenen von Rassismus und Ausgrenzung kaum Gehör. Sie werden stumm gemacht und nicht ernst genommen. Wem wird zugehört? Wer spricht? Wer fühlt sich dazu eingeladen etwas zu sagen? Auch hier ist klar, wer von diesen Interaktionen negativ betroffen ist, wer sie wahrnimmt und wer sie im Zweifel nicht einmal bemerkt. Verständnis, Akzeptanz und Empathie für gelebte Erfahrungen sind grundlegend. Um jedoch zu sprechen, gehört und ernst genommen zu werden, braucht es Räume, in denen dies möglich ist. Exklusive migrantische Selbstorganisation ist also ebenso wichtig, wie sogenannte Identitätspolitik, die auf die Gemeinsamkeiten der Erfahrung setzt.

Pfade zu solidarischen Beziehungen

Linke migrantische Selbstorganisation, community-Arbeit und safe spaces spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle und müssen in keinem Widerspruch zu Allianzen mit mehrheitlich weißen Gruppen stehen. Im Zweifelsfall ermöglichen sie in

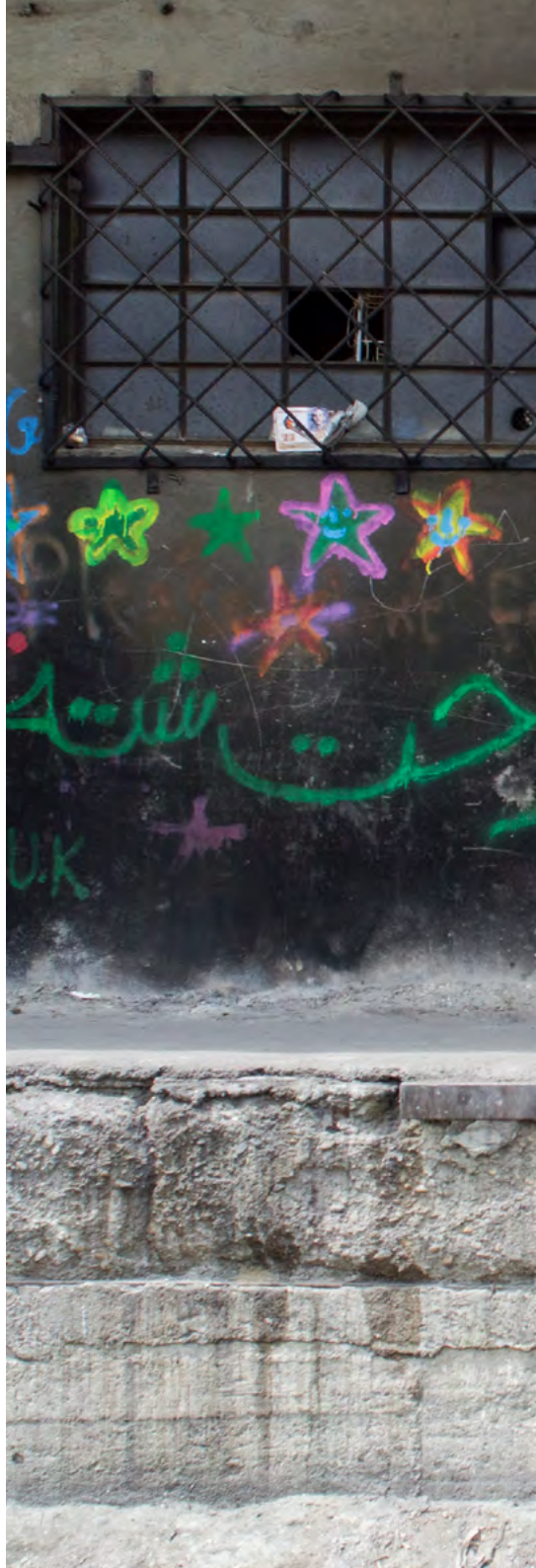
einer nach wie vor rassistischen Welt vieler mehr Formen emanzipatorischer Solidarität und führen perspektivisch zu einer politischen Bewegung, die in ihrer Differenz gemeinsam stark ist.

In Teilen ist diese Broschüre somit auch Ausdruck dessen, was bezüglich der Solidarität im Feld von Migration, Flucht und Asyl noch alles fehlt und von wie viel Unvermögen die Praxen der Solidarität bisher geprägt sind. Sich mit Fragen von Positionierung und Identität kritisch, solidarisch und empowernd auseinanderzusetzen halten wir für ebenso dringlich wie unabdinglich. Innerhalb politischer Arbeit wie auch nachbarschaftlicher Kontakte muss die eigene Involviertheit in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse stärker in den Blick genommen werden – sowohl symbolisch als auch strukturell, sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Nimmt man diese Perspektive ernst und setzt die Reflektion fort, können sich Formen der Solidarität entwickeln, die sich wirklich solidarisch anfühlen. □

¹ Rassifizierung beschreibt die Hierarchisierung von Menschen entlang naturalisierter Zuschreibungen, sowie die damit zusammenhängende Diskriminierung ganzer Gruppen, die erst durch die Rassifizierung als eine Gruppe erscheinen.

² Neben Ferhat Unvar wurden am 19. Februar 2020 8 weitere Menschen ermordet. Sie heißen Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nessar Hashemi, Mercedes K., Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu und Kaloyan Velkov, sowie Gabriele Rathjen.

³ Ha, Kien Nghi/Lauré al-Samarai, Nicola/Mysorekar, Sheila (Hg.) (2016): *„re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland“*. Münster: Unrast, S. 448





SERBIA

#S.U.K

Love V
Down
Rise

رحمت

SERBIA

Rückblick auf Kooperationsveranstaltungen zwischen Pro Asyl und dem Schwerpunkt „Global South“ an der Goethe-Universität Frankfurt im Wintersemester 19/20

Vortrag & Diskussion

»A little bit of force is needed«

**Menschenrechtsverletzungen an der Grenze
zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina**

17.02.2020 | 19 Uhr

**J.W.-Goethe-Universität Frankfurt/M
Renate-von-Metzler-Saal | Casino 1.801
Grüneburgplatz 1 | 60323 Frankfurt**

Veranstalter*innen:



**stiftung
PRO ASYL**

„A little bit of force is needed“ – Menschenrechtsverletzungen an der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien und Herzegowina

Mit „a little bit of force is needed“ verharmlost 2019 die damalige Präsidentin Kroatiens das Vorgehen der kroatischen Grenzpolizei gegen Schutzsuchende in illegalen Pushback-Operationen. Die Polizeibrutalität an den kroatischen EU-Außengrenzen, den systematischen Bruch von Menschen- und Flüchtlingsrechten und die Unterstützung dessen durch die EU, diskutierten am 17.02.2020 Marijana Hameršak vom Institute of Ethnology and Folklore (Zagreb), Tea Vidovic vom Centre for Peace Studies (Zagreb) und Marc Speer (Frankfurt) auf einer Podiumsdiskussion moderiert von Karl Kopp von Pro Asyl.





Gegen Gleichgültigkeit und Rechtsruck. Solidarische Praxen im Mittelmeer

Auf ihrer Flucht nach Europa ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer. Anstatt dem Sterben ein Seenotrettungsprogramm entgegen zu setzen, ignorieren europäische Küstenwachen die Notrufe von Schutzsuchenden. Die EU schließt Abkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten und kooperiert im Sinne der Fluchtabwehr mit autoritären Regimen und Milizen. Zu den Strategien der EU zur Auslagerung ihrer Grenzpolitik und zu zivilgesellschaftlichen Interventionen gegen das Sterben an Europas Grenzen, referierten am 19.11.2019 Britta Rabe (Watch the Med – Alarm Phone) und Karl Kopp (Pro Asyl).

Helfende Ansätze

Der Grat zwischen Solidarität und Hilfe ist teilweise schmal. Hilfe als Unterstützung für diejenigen, die in Not sind, die in einer akuten Situation etwas – oder eben: Hilfe – benötigen, ist oft genug existenziell. Dort anzusetzen, wo staatliche Unterstützung fehlt und es keine institutionellen Hilfen gibt, ist oft eine altruistisch motivierte Entscheidung privilegierter Helfer*innen. Doch so dringend und notwendig diese Hilfeleistungen auch sein mögen – an den Ursachen, weshalb Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, ändert die Hilfe nichts. Solidarität als politisches Projekt hat im Gegensatz dazu immer auch den Anspruch, die strukturellen Ursachen zu überwinden, die immer mehr Menschen in die Rolle von Hilfsempfänger*innen drängen.

Die in diesem Kapitel vorgestellten Gruppen und Organisationen leisten unentbehrliche Arbeit. Die *Refugee Law Clinics* stellen juristisches Wissen zur Verfügung. Auch wenn sie nah an den staatlichen Institutionen arbeiten, leitet sie dabei ein politischer Horizont, der über die konkreten Tätigkeiten des jeweiligen Projekts hinausgeht. Das Beispiel der *Teachers on the Road* zeigt eindrucksvoll, dass sich helfende Ansätze in solidarischen Projekten auch weiterentwickeln lassen. Indem sie bei ihren kostenlosen Deutschkursen die Geflüchteten als Expert*innen ihrer eigenen Situation ernstnehmen, tragen sie dazu bei Machtasymmetrien zwischen Teachers und Geflüchteten abzubauen. Soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Machtverhältnisse werden so im Prozess der Zusammenarbeit permanent in Frage gestellt und Solidarität erweist sich auf produktive Weise als offener, abgeschlossener Prozess.

„Man muss die Politik zum Arbeiten bringen“

In Refugee Law Clinics bieten Studierende der Rechtswissenschaften Geflüchteten eine kostenlose Rechtsberatung an. Damit geben sie eine solidarische Antwort auf das gravierende Rechtsberatungsdefizit und entwickeln zugleich ein kritisches Verständnis von Asylrecht.

Von Stephanie Costagli, Carolin Schiller und Maximilian Voigt

„Ein deutsches Flüchtlingsrecht an sich, das gibt's nur noch, wenn überhaupt, in den ganz letzten Atemzügen“. Die Refugee Law Clinics (RLCs) in Gießen und Berlin bieten als Teil eines deutschlandweiten Bundesverbands studentische Rechtsberatung für geflüchtete Menschen an. Das vorangestellte Zitat der RLC Gießen verweist auf die seit den 1990er Jahren angestrebte Europäisierung des Asyl-/Flüchtlingsrechts. Die relativierende Wortwahl deutet jedoch an, dass deutsches und europäisches Recht weiterhin teilweise parallel existieren. Das formal gleiche EU-Recht ist von einer föderalistischen Fragmentierung zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten geprägt¹ – so wird je nach politischer sowie wirtschaftlicher Lage das EU-Recht durch die nationalen Institutionen und Regierungen anerkannt oder ignoriert.²

Recht ist lediglich in Form gegossene Politik

Dies führt zu spürbaren Unterschieden für Geflüchtete je nach Aufnahmeland. Die Tendenz ist dennoch überall dieselbe: Das europäische Asyl-/Flüchtlingsrecht ist zunehmend von einer flüchtlings-

feindlichen Migrationspolitik geprägt. Recht spiegelt soziale Verhältnisse wider, oder um es mit den Worten der RLC Gießen auszudrücken: „Recht ist lediglich in Form gegossene Politik“. Beide RLCs datieren den Anfang dieser Politik der verstärkten Fluchtabwehr auf die 1990er Jahre, als in Deutschland der sogenannte Asylkompromiss verabschiedet und mit dem Vertrag von Amsterdam der Beginn der Europäisierung des Asyl-/Flüchtlingsrechts besiegelt wurde. Der in den letzten Jahren konstatierte „Rechtsruck“ ist somit aus juristischer Sicht gar nichts Neues, sondern stellt lediglich eine Kontinuität von Abschottungspolitiken dar. Während die offenen Grenzen im Schengenraum und der Ausbau der europäischen Grenzschutzpolizei FRONTEX zur Stärkung der europäischen Außengrenzen führen, sorgten die Dublin-Verordnungen I-III ab 1990 für zunehmenden Druck auf die südlichen Grenzstaaten der EU; die wohlhabenden nördlichen Staaten wurden für Menschen auf der Flucht schwerer erreichbar. Externalisierungspolitiken wie das sogenannte Flughafenverfahren³, welches seit 1993 existiert oder das EU-Türkei-Abkommen von 2016, gehen sogar

einen Schritt weiter und hindern Geflüchtete präventiv am Erreichen und Überschreiten von EU-Außengrenzen. Laut der RLC Berlin führt eine derartige Politik in der deutschen Öffentlichkeit zur Ansicht, die vermeintliche „Flüchtlingskrise“ sei überwunden, während die Migrationsbewegungen durch andauernde Gesetzesverschärfungen lediglich immer weiter räumlich verlagert werden. Im Zuge dieser Externalisierungspolitik sah die RLC Berlin die Notwendigkeit, ihre Arbeit entsprechend zu erweitern und bot zum Zeitpunkt der Erhebung zusätzlich Rechtsberatung auf der Insel Samos an. Dass sie damit auch zur Aufrechterhaltung der systematischen Entrechtung von Geflüchteten auf den griechischen Inseln beitrugen, indem sie durch ihre Präsenz das dortige System legitimierten, wurde intern kritisch verhandelt. Asylsuchenden werden außerdem zunehmend behördliche Hürden in den Weg gestellt, wie z.B. die Übertragung hiesiger Standards für Dokumente auf die Bürokratien anderer Herkunftsländer. Die politische Strategie, den Migrationsdruck zu verringern, indem man Geflüchteten in Deutschland und der EU das Leben so beschwerlich wie möglich macht, erweist sich in der Arbeitspraxis der RLCs als fehlgeleitet, weil die Menschen sich davon nicht abhalten ließen zu fliehen.

Die Arbeit der RLCs als Abhilfe auf Zeit

Die aktuelle politische „Großwetterlage“ hat direkten Einfluss auf die Art und Weise, in der Hilfesuchende in Deutschland Rechtsberatung finden können. Wie unsere Interviews mit den RLCs Berlin und Gießen zeigen, besteht ein großes Angebotsdefizit in der Beratung zu asyl-

rechtlichen Fragen. Obwohl die formalen Regelungen zur Rechtsberatung de jure bestehen, fehlt es an Möglichkeiten zu unabhängiger Rechtsberatung; insofern besteht de facto kein effektiver Rechtsschutz für Asylsuchende. Auf diese Lücke zielt das Engagement der RLCs, die mit ihren ausgebildeten Rechtsberater*innen Abhilfe schaffen, indem sie diesen Zugang zum Recht ermöglichen. Die Tätigkeit der RLC Berlin, die aufgrund des bestehenden Beratungsdefizits entstanden ist, haben die Studierenden von Beginn an mit der politischen Forderung verbunden, dass der Staat seiner Pflicht nachkommen und allen Schutzsuchenden eine staatlich finanzierte, aber unabhängige Rechtsberatung durch Fachanwält*innen ermöglichen müsse. Die RLCs begreifen ihre Arbeit als Abhilfe auf Zeit, welche durch politische Veränderungen überflüssig gemacht werden sollte. Mit den Worten der RLC Berlin: „Man muss die Politik zum Arbeiten bringen“.

Ihre Solidarität praktizieren die RLCs, indem sie aktive Hilfestellung in Form von Rechtsberatung geben, um Menschen durch ihr Expert*innenwissen, ihre Infrastruktur und breite Vernetzung zur Seite zu stehen. Gemeinsam ist allen Organisationen, dass die Arbeit eine „Win-Win-Situation“ für die Beteiligten darstellt: Einerseits werden Hilfsangebote für Schutzsuchende in Deutschland geschaffen, andererseits wird eine werteorientierte Jurist*innen-ausbildung etabliert, in der Studierende der Rechtswissenschaft systematisch in Grundlagen der asylrechtlichen Beratung eingeführt werden und zugleich Praxiserfahrung sammeln. Diese beiden Felder, die den Hauptteil der Arbeit der RLCs ausmachen, verlaufen an den bundesweit verteilten Standorten im Wesentlichen ähnlich.

Regional unterschiedliche Handlungsspielräume

Unterschiede in der organisationalen Struktur und im politischen Anspruch der Mitglieder führen jedoch zu verschiedenen Ausgestaltungen des Konzepts „Refugee Law Clinic“ bei den beiden untersuchten Gruppen. Am Beispiel der RLC Gießen, welche in die universitäre Struktur eingegliedert ist, zeigt sich, dass Handlungsspielräume der Solidarität hauptsächlich in der kritischen Positionierung innerhalb des wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurses bestehen.

“*Die RLC Berlin will auf die bestehenden Defizite, und menschenunwürdige Lebensbedingungen von Geflüchteten aufmerksam machen.*“

Die RLC Berlin ist hingegen als eingetragener Verein organisiert und agierte zum Erhebungszeitpunkt unabhängig von der Universität. Unsere Interviewpartnerin hob hervor, dass die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen und Social-Media-Inhalten in den letzten Jahren wichtiger geworden ist. Diese Verschiebung ergab sich sowohl um eine breitere Vernetzung zwischen Engagierten zu erreichen als auch um weiter in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken. Auf diese Weise will die RLC Berlin auf die bestehenden (Beratungs-)Defizite, wie auch auf menschenunwürdige Lebensbedingungen von Geflüchteten in Deutschland und der EU aufmerksam machen und damit kritische Impulse im öffentlichen Diskurs setzen.

Doch die Arbeit der RLCs wird nicht nur durch ihren schwierigen Rechtsgegenstand bestimmt, der im konkreten Fall über das Leben von Menschen entscheidet, sondern auch von Hürden in der direkten Umgebung der RLCs. Während die Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen überwiegend gut und bereichernd ablaufe, ergäben sich in der Arbeit mit Behörden immerwieder Schwierigkeiten, berichtet ein Mitglied. So sei die Zusammenarbeit mit einzelnen Behörden abhängig von deren personeller Besetzung. Der Wechsel der Entscheidungsträger*innen hat demnach spürbare Auswirkungen auf die politische Ausrichtung und die Arbeit der Behörde. Insofern sprechen die RLCs Berlin und Gießen von Schwierigkeiten in der Kommunikation und einem „endlosen Kampf gegen die Behörden“, den sie führen müssten, um Menschen in Not zu ihrem Recht zu verhelfen.

Covid-19 Pandemie erschwert Beratungspraxis

Erst jüngst wurde diese prekäre Situation von der Covid-19 Pandemie verschärft. Beide befragten RLCs konnten für gewisse Zeit ihren zahlreichen Sprechstunden, Einzelfallberatungen usw. nicht nachkommen, sodass die Beratungsarbeit zunächst fast vollständig zum Erliegen kam und sich nur auf ein (digitales) Minimum beschränkte. Darüber hinaus erschwerte die desolate Lage in den Unterkünften vieler Geflüchteter den Zugang zu Beratung. Zum Erhebungszeitpunkt erlaubten die Lockerungen der Corona-Verordnungen allmählich eine schrittweise Rückkehr zur (prekären) Beratungsnormalität.

Unsere Interviews zeigen, dass gleiche Organisationskonzepte faktische Unterschiede hinsichtlich der gesellschaftlichen

Wirkung von Solidarität aufweisen. Während die RLC Gießen sich am institutionellen Rahmen der Universität orientiert, nutzt die RLC Berlin ihre formale Unabhängigkeit als eingetragener Verein für erweiterte Handlungsspielräume. Die RLCs sind zur konstanten Anpassung an die sich verschärfende EU-Migrationspolitik gezwungen und bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen der Unterstützung für Hilfesuchende und der Aufrechterhaltung des Systems der Entrechtung von Geflüchteten und Migrant*innen. □

1 Vgl. Buckel, Sonja (2013): ‚Welcome to Europe‘. *Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das ‚Staatsprojekt Europa‘*. transcript Verlag, Bielefeld.

2 Ein Beispiel dafür sind die gut dokumentierten Push-Backs, das sind unmittelbare Abschiebungen von Asylsuchenden nach Betreten des Staatsgebiets, an den EU-Außengrenzen in Spanien und Kroatien, die u.a. das Menschenrecht, einen Asylantrag stellen zu dürfen, verletzen.

3 Beim Flughafenverfahren werden Asylsuchende, die mit dem Flugzeug in die Bundesrepublik gelangen, so lange auf dem Flughafen in den Räumen der Bundespolizei festgehalten, bis über ihren Asylantrag entschieden wurde. Bei einem negativen Bescheid können sie von dort direkt wieder abgeschoben werden.



Mehr als nur Deutschkurse

*Die Teachers on the Road bieten seit vielen Jahren voraussetzungsfreie Deutschkurse für Geflüchtete im Rhein-Main-Gebiet an. Die hohen Teilnehmer*innenzahlen sprechen für den Erfolg des Projekts. Doch die Frage der Augenhöhe zwischen Teilnehmenden und Ehrenamtlichen bleibt eine stetige Herausforderung.*

Von Charlotte Benedix und Lea Ulmer

Auf den „Langen Sommer der Migration“ 2015 folgte eine Welle des Ehrenamts, mit der sich insbesondere selbstorganisierte Geflüchteten-Gruppen wie Refugees for Refugees auch kritisch auseinandersetzten. Eine Kritik, die ihre Aktualität nicht verloren hat, bezieht sie sich doch auf die Tatsache, dass Unterstützung für Geflüchtete oft in einer Weise ausgeübt wird, mit der diejenigen, die Hilfe empfangen, zu stimmlosen Bedürftigen herabgestuft werden. Und auch auf die schwierige Gratwanderung ehrenamtlicher Arbeit wird hingewiesen: Einerseits steht dort der Wunsch im Vordergrund auf eine Gesellschaft hinzuwirken, in der ehrenamtliche Unterstützung gar nicht mehr nötig wäre; andererseits sind für die Helfenden die Lücken in der staatlichen Grundversorgung nur allzu sichtbar und fordern ein direktes Eingreifen, auch auf die Gefahr hin, dass diese damit von außen weniger (dringlich) wahrgenommen werden.

Besonders schwierig wird es für solidarische Gruppen, deren Arbeit zwar grundlegende Bedürfnisse, wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln oder das Anbieten von Deutschkursen, bedient, aber wenig Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse, gesetzliche Regelungen oder das gesellschaftliche Miteinander hat. Wie

kann auf dieser Ebene der grundlegenden Unterstützung eine nachhaltige solidarische Praxis aussehen?

Wie umgehen mit den eigenen Privilegien?

Die Teachers on the Road füllen bereits seit 2013 eine Lücke in der Grundversorgung, indem sie täglich voraussetzungsfreien Zugang zu Deutschunterricht für Migrant*innen und Geflüchtete anbieten. „Bildung muss frei sein und wenn ich was weiß, dann bin ich der Meinung, dass ich anderen das Wissen kostenfrei zu Verfügung stellen sollte“, sagt Timur Beygo, der das Projekt mitgegründet hat. Als solidarische Praxis ist das keine leichte Aufgabe: „Wir sind hochprivilegierte Bürger*innen in dieser Gesellschaft und treffen dann halt auf Leute, die überhaupt keine Privilegien haben. Das ist dann schon schwierig mit der Augenhöhe“. Doch nur, weil man Wissen vermittelt, bedeutet das nicht, dass man alles besser weiß. Und nur, weil man in der Position der Lehrenden ist, bedeutet das nicht, dass man immer sagt, wo es lang geht. Der Deutschunterricht der Teachers on the Road unterscheidet sich daher in einigen wichtigen Punkten von anderen Angeboten: Es gibt keine Teilnahmekriterien, die Kurse

sind kostenlos, komplett freiwillig und – das ist wichtig – die Teilnehmer*innen beeinflussen ganz grundlegend das Programm.

„Da kannst du nicht einfach sagen: Ne, ich bin nur Lehrer, ich geh jetzt nach Hause.“

Neben dem Unterricht bedeutet die Zeit im Kurs für viele Geflüchtete auch: raus aus den Unterkünften. Die Teachers sind dabei oft der erste Kontakt in Deutschland, der nicht behördlich ist und eine andere Art des Einlassens aufeinander möglich macht. Wichtig ist den Teachers dabei, Bedürfnisse von Teilnehmer*innen auch außerhalb von Kursplänen ernst zu nehmen. So schauen sie sich zum Beispiel auch nach Unterrichtsende gemeinsam behördliche Formulare an, die die Kursteilnehmer*innen bekommen haben: „Ich kann da nicht einfach sagen: Ne, tut mir leid, ich bin nur Lehrer. Mein Deutschkurs ist hiermit zu Ende, ich geh jetzt nach Hause, alles andere interessiert mich nicht.“

Zum Selbstverständnis der Teachers gehört es auch, sich über den Unterricht hinaus verantwortlich zu fühlen, Kontakte auszu-tauschen und ansprechbar zu sein. Damit schaffen sie eine Verbindlichkeit gegenüber den Menschen, die sie unterstützen wollen. Sie sind bereit, nicht nur entsprechend ihres eigenen Zeitplans und ihres eigenen Interesses Unterstützung anzubieten, sondern stehen dazu, dass gesellschaftliche Verantwortung auch heißt: sich auf diejenigen einzustellen, denen die Solidarität gelten soll. Damit verfolgen die Teachers on the Road einen Ansatz, der in mehrere Richtungen zugleich zeigt. Sie leisten konkrete, direkte Unterstützung – orientiert an dem was gerade gebraucht wird und ohne nach Fluchtgrund oder Aufenthaltssituation zu

unterscheiden. Darüber hinaus ist es ihnen wichtig, dass der Einstieg in ihre solidarische Praxis besonders niedrigschwellig und für alle Interessierten offen ist. Gleichzeitig haben sie mit dem dahinter liegenden Verein Netzwerk konkrete Solidarität aber auch die Möglichkeiten und den Anspruch, politisch zu intervenieren. Sie problematisieren die schlechten Lebensbedingungen in den Lagern, die Praxis der Abschiebung, die erschwerten Zugangsmöglichkeiten zu sozialen Kontakten, zu Bildung, zu Rechten und sie stellen politische Forderungen, diese Zustände zu verändern. Mit diesem ‚gesamtheitlichen‘ Ansatz verbinden die Teachers on the Road konkrete solidarische Unterstützung, die jede*r leisten kann, mit einer politischen Perspektive, die auf gesellschaftliche Veränderung abzielt.

“In was soll ich mich eigentlich integrieren?”

So wie legale Migrationsmöglichkeiten nach und das Aufenthaltsrecht in Deutschland aktuell organisiert seien, bringe das Erlernen der deutschen Sprache alleine nichts, formuliert es einer unserer Interviewpartner. Für gesellschaftliche Teilhabe ist auch der Zugang zu gleichen Rechten und Chancen unentbehrlich, doch diese würden Geflüchteten in Deutschland verwehrt: „Humanität, Freiheit und Empowerment sind sehr wichtig, damit Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, doch das alles haben Geflüchtete hier nicht.“

Dass staatliche Institutionen oft selbst ein Hindernis für ein menschenwürdiges Leben von Geflüchteten sind, erleben die Teachers on the Road bereits im Kleinen.

Zum Beispiel, wenn sie von staatlichen Integrationskursen auf Grund ihres Erfolgs als Konkurrenz wahrgenommen werden, anstatt dass diese ihre eigenen Konzepte überarbeiteten und ihre Kurse attraktiver machten. Im Großen bedeutet es aber auch, den europäischen Ländern vor Augen zu führen, dass sie nicht nur für die Linderung der Not verantwortlich sind, sondern an erster Stelle für zahlreiche Fluchtursachen und eben auch ganz grundlegend für die ungleiche Verteilung von Rechten, wie zum Beispiel dem Recht auf Mobilität. Dafür haben 500 Jahre Kolonialismus und seine Fortführung im Kapitalismus bis zum heutigen Tag gesorgt. Deshalb müssen konkrete Solidarität und die Perspektive globaler Gerechtigkeit zusammen gedacht werden, um zum einen handlungsfähig zu sein und gleichzeitig gesellschaftliche Veränderung zu ermöglichen.

Konkrete Hilfe mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive

Ein allererster Schritt, da schließen sich die Teachers on the Road anderen Gruppen an, wäre das Asylrecht wieder auf den Stand von vor 1993 zurückzusetzen.¹ Was sie aber stattdessen wahrnehmen, ist vielmehr eine Verschärfung der Situation, in der selbst auf Menschen, die das Asylverfahren bereits durchlaufen haben, immer schon die nächste Hürde wartet. „So viel ändert sich für die Person eigentlich gar nicht, wenn sie einen Aufenthaltstitel hat“. Für Timur ließe sich das letztendlich nur durch eine viel offenere Migrationspolitik lösen, denn das Asylrecht zeigt hier seine größte Schwachstelle: um es beantragen zu können, müssen erst einmal umfangreiche Rechte abgegeben werden. Würde allen Menschen das Recht auf Arbeit, Freizügig-

keit und Partizipation auch tatsächlich zukommen, dann bräuchte es die meisten Hilfsangebote gar nicht.

Eine Möglichkeit, von der auch die Teachers immer wieder Gebrauch machen, ist die eigenen Privilegien für diesen Zweck einzusetzen. So begleiten sie Teilnehmer*innen zu Behörden und anderen Einrichtungen, weil es leider einen großen Unterschied macht mit wem die Mitarbeiter*innen es zu tun haben: „Gehst du da als weißer Deutscher hin, ändert sich die Situation komplett.“ Die Schwierigkeit ist es aber „Menschen zu finden, die Lust haben ihre spärliche Freizeit im Kapitalismus dann noch dafür aufzuwenden sich zusätzlich mit solchen Problemstellungen auseinanderzusetzen“. Natürlich weiß auch Timur, dass ein Ehrenamt nicht für alle möglich ist. Er betont: „Nicht jeder muss Hand anlegen.“ Auch die Teachers sind für andere Arten der Unterstützung dankbar: zum Beispiel in Form eines Mitgliedsbeitrags.

„Das ist etwas, das man als Gesellschaft leisten kann.“

Die Teachers on the Road setzen da an, wo staatliche Institutionen nicht unterstützen können oder wollen - bei dem voraussetzungslosen Erlernen der deutschen Sprache. Sie zeichnet aus, dass sie ihre Arbeit an kommunizierten Bedürfnissen ausrichten und sie zu den Menschen, die sie unterstützen wollen, auch über die Kurse hinaus Verbindlichkeit herstellen. Dennoch wird in unseren Gesprächen deutlich: Solidarische Praxis muss für die gewünschte Augenhöhe hart arbeiten. Forderungen von Betroffeneorganisationen und aktivistischen Refu-

gees, zum Beispiel nach gleichen Rechten, sollten dabei die Referenz ehrenamtlicher Arbeit sein.

Bei den Teachers on the Road hat man dafür einen praktischen Lösungsansatz gefunden. Solidarität, sagt einer unser Gesprächspartner, sei „Beistand für Menschen in prekärer Lage“. Ganz einfach und doch sehr schwer. □

¹ Anfang 1993 wurde mit dem sogenannten „Asylkompromiss“ das seit 1949 in Deutschland verbriefte Asylrecht faktisch abgeschafft. Vergleiche auch: <https://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/id-20-jahre-faktische-abschaffung-des-asylrechts.html>





Grenzüber-

Politische Solidarität als emanzipatorisches Projekt fordert ein gutes Leben für alle ein. Es stellt sich damit sozialen Ausschlüssen entgegen, wie sie Migrant*innen und Geflüchtete permanent erleben. Insbesondere an und durch staatliche Grenzen werden diese Ausschlüsse durchgesetzt, u.a. indem Menschen gewaltsam gehindert werden, ihre Wege fortzusetzen. Ihnen wird der Zutritt verboten, weil sie angeblich nicht zu ‚uns‘ gehören, nicht dazu gehören sollen. Gegen diese Ausschlüsse wenden sich die in diesem Kapitel vorgestellten Initiativen.

schreitende

Die Grenzen, die dabei überschritten werden, müssen nicht unbedingt Staatsgrenzen sein, wie die Arbeit des Vereins *Hilfe für Menschen in Abschiebehaft* zeigt, der sich für Menschen hinter den Mauern der Abschiebehaftanstalt in Büren einsetzt. Die autonom organisierte Gruppe *Kesha Niya* dagegen ist ganz bewusst an die Staatsgrenzen zwischen Italien und Frankreich gezogen, um mit einem selbstorganisierten Essensangebot die Menschen auf ihrem Weg über die Grenze zu unterstützen. Beide Initiativen zeigen, welch widerständiges Potenzial sich in dieser Solidarität entfaltet.

Solidarität

Mit langem Atem gegen Abschiebehaft

Abschiebehaftanstalten bilden eine Form interner staatlicher Grenzen und sind den Blicken der Öffentlichkeit weitestgehend entzogen. Seit 1994 engagiert sich der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. für die Inhaftierten und die Abschaffung der Abschiebehaft. Wir haben mit zwei Mitgliedern des Vereins Interviews geführt und sie nach ihrer Motivation und Möglichkeiten von Solidarität befragt.

Von Alisha Baluschek, Janne Thiel und Patrick Zimmer

Solidarität bedeutet „einen Kampf für Menschen zu kämpfen, die nicht kämpfen können“, sagt die junge Aktivistin Sabrina Wiesenbach [Name geändert]. Mit dieser Motivation engagiert sie sich seit 2019 im Verein. Für die meisten Menschen liegt Abschiebehaft außerhalb des eigenen Sichtfeldes, und dies nicht nur aufgrund von physischen Mauern, die sich um die Abschiebehaftanstalt befinden. „Das ist eine totale Institution. Man ist nirgendwo so unter Kontrolle, wie in einem Gefängnis. Das ehrenamtlich mitzubekommen, ist was Besonders, das einen als Menschen prägt“, betont Frank Gockel, der seit den 1990er Jahren im Verein aktiv ist.

Der „innere Grenzort“ Abschiebehaftanstalt

Nahe der ostwestfälischen Stadt Büren liegt das Gefängnis, in dem bis zu 140 Menschen zeitgleich inhaftiert werden können. Einmal wöchentlich besuchen die Mitglieder des Vereins die größte Abschiebehaftanstalt Deutschlands, um die Inhaftierten vor Ort zu beraten. Die Arbeit

des Vereins variiert je nach Bedürfnis der Inhaftierten. Manchmal reicht ein offenes Ohr, ein anderes Mal werden Besorgungen erledigt oder Kontakt zu Angehörigen aufgenommen.

Ebenso gehört die juristische Ebene zu den Handlungsfeldern des Vereins. Rund 200 Verfahren strengt Gockel pro Jahr gegen Maßnahmen der Haftanstalt an. Ungefähr die Hälfte aller von ihm im Jahr 2019 unterstützen Personen seien widerrechtlich inhaftiert worden. Eine erschreckend hohe Quote, die seit einigen Jahren in Büren konstant sei. Aber noch mehr als die unzulässige Inhaftierung ist Gockel über die Gleichgültigkeit der Zivilbevölkerung zu diesem Thema schockiert. Ihm fehlt ein gesellschaftlicher Aufschrei in Deutschland: „Dass die Hälfte von den Abschiebegefangenen zu Unrecht in Abschiebehaft sitzen, daran hat sich unsere Gesellschaft gewöhnt. Das wird einfach hingenommen.“ Die meisten der Inhaftierten sind bei gewonnenem Rechtsstreit schon längst abgeschoben. Doch das hält die Aktivist*innen nicht davon ab, sich für ihre Rechte einzusetzen. Solidarität und Einsatz für je-

manden dessen Schicksal eigentlich schon besiegelt ist, klingen zunächst widersprüchlich. Doch „Solidarität heißt nicht unbedingt, dass ich tatsächlich denjenigen aus dieser Situation herausbringen kann“, sagt Gockel, „sondern dass ich bewusst dabeibleibe, wo ich mit den Betroffenen mitleide, obwohl ich weiß, dass ich sonst nichts tun kann.“

Diese Ohnmacht wird verstärkt durch die Funktionsweise der Abschiebehaft. Mit den Betroffenen sprechen, sie unterstützen und beraten, ihr Schicksal öffentlich machen und die Ungerechtigkeiten aufzeigen – das steht im direkten Gegensatz zu Abschiebungen und Abschiebehaft, die hinter Mauern verborgen stattfinden. Beides sind gewaltvolle Akte, die gegen den Willen der Betroffenen und – oftmals – mit physischer Gewalt durchgesetzt werden. Die innere Logik der Institution Abschiebehaftanstalt stützt sich auf klare hierarchische Strukturen und Abhängigkeiten. Gockel beobachtet eine kontinuierliche Verschlechterung der Lage seit Mitte der 1990er Jahre: „Wir dachten eigentlich, schlimmer kann es nicht kommen, aber es kam immer schlimmer.“ Diese Entwicklung stellt er in einen direkten Zusammenhang mit der Anstaltsleitung. Frühere Anstaltsleiter seien kooperativer und gesprächsbereiter gewesen. Das habe sich seit dem Personalwechsel vor einigen Jahren geändert.

Die machtvollen Rolle von Einzelnen stellt somit ein strukturelles Merkmal in der Abschiebehaft dar. Nach Ansicht des Vereins herrschen teils auch rechtswidrige Haftbedingungen vor. Die Aktivist*innen berichten von internen Bestrafungspraxen in der JVA Büren. Inhaftierte, die sich nicht anpassen oder als schwierig wahrgenommen werden, würden in ein separates Haus ge-

sperrt. Dort reichten die Bestrafungsstufen von tagelanger Einzelhaft bis zur Fixierung, wie Wiesenbach berichtet. „Die Abschiebehaft ist ein ganz spezieller Raum, in dem viel passieren kann, ohne dass es Menschen draußen mitbekommen.“ Umso wichtiger sei es, dass es unabhängige Gruppen gibt, die auch hinter die Mauern blicken: „Ich verstehe uns als Instanz, die Menschenrechte oder Menschenrechtsverletzungen beobachtet und darauf aufmerksam macht. Denn abgesehen von uns gibt es niemanden, der das tut.“

“*Der Bedeutungszuwachs rechter Akteur*innen, sowie der rassistische Diskurs in Öffentlichkeit und Politik, haben zu weiteren Verschärfungen von Gesetzen und der Ausweitung von Abschiebungen geführt.*

Verschlechterung der Situation seit 2015

Die politischen Veränderungen seit 2015 und die rechtspopulistische Instrumentalisierung des sogenannten Sommers der Migration haben auch für den Verein spürbar die Zusammenarbeit mit Behörden und Politik verschlechtert. Der Bedeutungszuwachs rechter Akteur*innen, sowie der rassistische Diskurs in Öffentlichkeit und Politik, haben zu weiteren Verschärfungen von Gesetzen und der Ausweitung von Abschiebungen geführt. Und obwohl sich die Situation für Migrant*innen in Deutschland und Europa immer weiter zuspitzt,

nimmt die Wahrnehmung dessen in der Öffentlichkeit und der Politik ab. Gockel spricht von einer steigenden Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit zu dem Thema Abschiebehaft. So werde es auch für den Verein immer schwieriger politische Anfragen in den nordrhein-westfälischen Landtag durch die Fraktionen einzubringen. Dies steht für ihn in klarem Zusammenhang zum gesellschafts-politischen Rechtsruck in deutschen Landtagen. „Das ist für die Parteien ein Thema, was tot ist. Auch die Fragen, die sie stellen, sind viel seichter. Sie sind nicht mehr mit dieser Härte dran, weil sie Angst haben, dass sie mit diesem Thema nicht mehr punkten können.“

Eine zusätzliche Hürde für die Arbeit des Vereins sind die Veränderungen durch die Covid 19-Pandemie. Seit dem Ausbruch der Pandemie sind persönliche Besuche und Beratungen vor Ort nicht mehr möglich. Die Abhängigkeit vom Anstaltspersonal hat dadurch stark zugenommen. Für rechtliche Anfechtungen wichtige Dokumente wie Haftbescheide können zurzeit nicht direkt übergeben werden. Stattdessen sind die Inhaftierten und ihre Unterstützer*innen darauf angewiesen, sich diese von den Angestellten vor Ort faxen zu lassen. Und oft kämen leere oder unvollständige Kopien an. Hinzu kämen die problematischen Haftbedingungen, die durch den fehlenden persönlichen Austausch verborgen bleiben. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wirken also als Katalysator der repressiven Bedingungen in der Abschiebehaft.

Solidarität über Differenzen hinweg

Im Angesicht der Entrechtung der Inhaftierten stehen die politischen Differenzen im Verein hinten an. Denn über

das Hauptanliegen herrscht bei allen Mitgliedern Einigkeit: Abschiebehaft muss abgeschafft werden. Neben der konkreten Unterstützung vor Ort soll das Thema in die Öffentlichkeit gebracht werden, um ein Bewusstsein für die Ungerechtigkeit zu schaffen: „Das kann tatsächlich alles sein: Von der spontanen Demo vor der Haftanstalt oder in der Stadt, bis hin zu einer Gottesdienstgestaltung zum Thema Abschiebehaft.“ Diese sehr unterschiedlichen Herangehensweisen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit lassen sich durch die Heterogenität der Mitglieder des Vereins erklären. Seit Beginn an sind weltanschaulich sehr verschiedene Menschen in ihm zusammengekommen: „Das führt auch dazu, dass dieser Verein intern sehr stabil ist, weil wir so unterschiedlich sind“, so Gockel. Im Verein habe sich eine Kultur herausgebildet, die auf gegenseitigem Respekt beruhe. Der Weg dorthin bestand aus vielen Diskussionen über grundlegende Fragen der politischen Ausrichtung des Vereins. Auch wenn heute die politischen Standpunkte in vielem nicht identisch sind, wissen alle, dass die Unterschiedlichkeit der Mitglieder die Stärke des Vereins ist. □

Solidarität, Care und Widerstand an der französisch-italienischen Grenze

*Die französisch-italienische Grenze ist seit einigen Jahren zu einem der zentralen Orte der Migrationskontrolle innerhalb der EU geworden. Die Aktivist*innen der Gruppe Kesha Niya setzen dem eine selbstorganisierte Unterstützungsstruktur für die Menschen in Transit¹ entgegen.*

Von Jasmin Behrends, Rebekka Leuthner, Darius Reinhardt, Christin Stühlen, Anna-Ruth Wenz und Franziska Zirker

Tag und Nacht patrouilliert die französische Grenzpolizei entlang der Grenze auf der Suche nach undokumentierten Migrant*innen. Personen, die aufgegriffen werden, werden ohne rechtsstaatliches Verfahren gewaltsam nach Italien zurückgebracht oder in Baucontainer gesperrt, bevor sie auf italienischer Seite wieder entlassen werden. In Ventimiglia, der Grenzstadt auf der italienischen Seite der Mittelmeerküste, wird den Menschen in Transit ebenfalls der Schutz verwehrt. Seit der vermeintlich Corona bedingten Schließung des Roten Kreuz Lagers Campo Roya, hat sich die Situation noch einmal zugespitzt. Es fehlt am Grundlegendsten: An Schlafplätzen, Essen, Hygieneprodukten und Beratungsangeboten.

Die Polizei dagegen ist sehr präsent. Sie praktiziert permanent racial profiling, d.h. der Kontrolle und Bestrafung von Personen aufgrund rassistischer Kriterien, und ver-

sucht so die Migrant*innen aus der Stadt zu verdrängen. Dieses Ziel scheint auch die Politik vor Ort bzw. der Bürgermeister Gaetano Scullino zu teilen, der die Stadt "sauberer, präsentabler und anständiger" machen will. Im Zuge der Corona- Pandemie haben sich Polizeikontrollen und Patrouillen abermals verstärkt. Zudem kommt es in Ventimiglia immer wieder zu rassistischen Übergriffen durch Einwohner*innen sowie zu Angriffen durch Rechtsradikale. Die Schließung des Transitlagers Campo Roya erscheint als ein weiterer Baustein der europäischen Politik, die den Menschen in Transit jegliche Unterstützung entzieht und sie so in Situationen bringt, in denen sie besonders gewaltsamen Verhältnissen ausgeliefert sind. Zu was diese politische Strategie führt, sehen wir im Extremfall in dem griechischen Camp Moria auf Lesbos: völlige Entrechtung, Schutzlosigkeit und Perspektivlosigkeit der dort Untergebrachten.

Inmitten dieser Gemengelage agiert die Gruppe Kesha Niya und zeigt sich solidarisch mit Menschen in Transit. In den letzten fünf Jahren haben sie autonome Versorgungsstrukturen aufgebaut, die etwas leisten, das offizielle und staatlich finanzierte Hilfsorganisationen nicht leisten können: Auf solidarische und gemeinschaftlich organisierte Weise die grundlegendsten Bedürfnisse von Menschen in Transit befriedigen. Bei der Organisation rund um das Kochen sowie der Verteilung des Essens sind die politischen Aktivist*innen und die Menschen in Transit, insofern es die Umstände erlauben, kollektiv involviert. In ihrer täglichen Arbeit informieren sie auch über lokale Anlaufstellen und nützliche Tipps vor Ort. Zudem dokumentiert die Gruppe die Rechtsverletzungen durch die französischen und italienischen Sicherheitsbehörden und unterstützt die Betroffenen in juristischem Vorgehen dagegen.

Bis 2018 sammelten sich viele der Menschen in Transit vor Ort in einem ‚freien‘ Camp, sodass Kesha Niya dort teilweise für rund 700 Menschen kochte und Essen bereitstellte. Seit der Räumung des Camps und durch die Versuche der lokalen Politik und Behörden die Essensausgabe zu unterbinden, bietet Kesha Niya heute vor allem ein ‚ganztägiges Frühstück‘ außerhalb Ventimiglias, kurz vor der Grenze zu Frankreich, an. Dort können sich die Durchreisenden erholen, etwas essen und trinken, reden, ihr Handy aufladen und das bereitgestellte W-Lan nutzen. In den Momenten des gemeinsamen Essens und Verweilens entstehen Situationen, die über ein bloßes „Hilfe anbieten“ seitens der Aktivist*innen hinausgehen. In von Gewalt geprägten Grenzräumen kann Fürsorge zum Widerstand gegen das Grenzregime werden.

Fürsorgliche Solidarität in der Praxis

Die Aktivistin Adele beschreibt dies wie folgt: „Es geht nicht nur darum Essen auszugeben oder auf physische Bedürfnisse zu antworten, sondern wir bauen Beziehungen miteinander auf.“ Es entstehen persönliche (Ver-)Bindungen und Vertrauen – sowohl innerhalb der Gruppe, als auch mit den Menschen in Transit. Die Aktivist*innen nehmen Anteil an der Situation der Menschen und bieten über diese Form der Fürsorge ihre Solidarität an. Die Gruppe geht über das, was humanitäre Helfer*innen leisten können, hinaus und bietet bewusst eine freundschaftliche Ebene des Austausches an, die innerhalb offizieller NGO-Strukturen oft nicht erlaubt ist. Als selbstorganisierte Gruppe ist sie zudem unabhängig von nationalstaatlichen Interessen. Aber auch die Praxis von Kesha Niya ist nicht frei von Hierarchien und Konflikten. Die Aktivist*innen entscheiden selbst wie tief sie Beziehungen aufbauen und müssen dadurch aber selbst die emotionalen Belastungsgrenzen einschätzen.

“*Kesha Niya politisieren ihre Hilfe als einen solidarischen Akt.*“

Die Gruppe überschreitet durch ihren speziellen Fokus auf Beziehungen und Fürsorge die Arbeit und das Selbstverständnis von rein humanitären (Hilfs-)Organisationen. Sie politisieren ihre Hilfe als einen solidarischen Akt. Ein zentrales Element der nationalstaatlichen und Europäischen Abschottungspolitik ist der Ausschluss der Menschen in Transit von Unterstützungs-

und Versorgungsstrukturen. Durch das Eingehen fürsorglicher Beziehungen schafft Kesha Niya ein inklusives Moment, welches eine Form der Gemeinschaftlichkeit jenseits des Nationalstaats und der EU aufscheinen lässt. Wir beschreiben diese Form der Solidarität deshalb auch als fürsorgliche Solidarität.

Care und Widerstand

Der Begriff der Fürsorge (Englisch: care) bezieht sich nach der Politikwissenschaftlerin Joan Tronto auf nahezu alle Handlungen des alltäglichen Lebens, in denen Menschen sich um sich selbst, andere Menschen oder die Natur kümmern und dadurch versuchen, ein gutes Leben für Alle herzustellen. In dieser Vorstellung von Fürsorge steckt grundlegend die Annahme, dass jeder Mensch in seinem Leben auf Fürsorge angewiesen ist. Im Gegensatz zum (neo-)liberalen Verständnis von Freiheit, Autonomie und Individualismus, geht eine Perspektive der Fürsorge davon aus, dass Menschen grundlegend auf ihr soziales Umfeld angewiesen sind. Ein Kind kann nur mit der Fürsorge anderer Menschen überleben und aufwachsen. Menschen brauchen einen emotionalen Austausch mit Freund*innen und Mitmenschen. Gleichzeitig können Menschen nur überleben, wenn die polit-ökonomischen Rahmenbedingungen es zulassen, dass sie sich um sich selbst und Andere kümmern können. Um von Fürsorge sprechen zu können, müssen die Bedürfnisse Anderer Ausgangspunkt der eigenen Handlungen sein. Die Erfüllung fremder und eigener Bedürfnisse ist dabei kein zu romantisierender Akt, sondern stets durchzogen von Konflikten und (sozialen) Ungleichheiten zwischen den Sorgenden und den Umsorgten.

Durch die Beziehungen, die die Aktivist*innen von Kesha Niya mit den Menschen vor Ort eingehen, entsteht ein vertrauensvoller, gemeinsamer Austausch. Das ermöglicht es Kesha Niya ihre Unterstützung nach den Bedürfnissen der Menschen in Transit auszurichten: „Sie sagen uns, was sie brauchen und wir passen uns dem an.“ Beispielsweise werden die Menschen bei der Essensauswahl und -abgabe so weit wie möglich einbezogen. Hierdurch wird eine wechselseitige Beziehung zwischen Sorgenden und Umsorgten aufgebaut, in der Emotionen einen Platz haben und Konflikte verhandelt werden können. Durch ihren gemeinsamen Alltag entsteht eine gelebte Solidarität zwischen Fremden, in der die Handlungsfähigkeit der Menschen in Transit im Fokus steht. Gleichzeitig bleiben diese Beziehungen eingebettet in globale Machtstrukturen, welche dazu führen, dass trotz Solidarität und Fürsorge Ungleichheit in Form von Staatsbürgerschaft, Privilegien und unterschiedlichen Erfahrungen zwischen den Aktivist*innen und Menschen in Transit existieren. Ein Ziel der fürsorglichen Solidarität ist es trotz dieser Machtstrukturen Kollektivität und gemeinsame Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

In Grensräumen zeigt sich ein weiterer zentraler Aspekt der fürsorglichen Solidarität im widerständigen Charakter dieser Praxis. Die Aktivist*innen arbeiten in einem rechtlichen Graubereich, da die alternativen Fürsorgestrukturen Zielscheibe staatlicher Repressionen sind. Das Kümmern um Andere, welches oft als apolitisch gedeutet wird, zeigt in diesem spezifischen Kontext seinen widerständigen Charakter und offenbart sich als progressiver politischer Ansatz in jenen Grenzgebieten, in denen Menschen in Transit die Menschlichkeit verwehrt wird. Die fürsorgliche Solidarität von Kesha Niya



Karte des Gebiets mit den Grenzposten der italienischen und französischen Polizei, der Anlaufstelle von Kesha Niya und dem Grenzübergang San Ludovico-Brücke.

zielt darauf ab, diese umso stärker zu betonen. Dies zeigt sich besonders bei näherer Betrachtung der italienischen und europäischen Grenz- und Migrationspolitik und den Grenzpraktiken der französischen Polizei. Durch den brutalen Umgang der Grenzpolizist*innen mit den Menschen in Transit und dem Fehlen von rechtlicher Beratung, psychosozialer Betreuung und ausreichend Nahrung wird den Menschen in Transit ihr Recht auf Asyl und ihr Recht auf Menschenwürde abgesprochen. Sie leben unter Bedingungen, die nur dann als legitim erscheinen können, wenn jegliche menschliche Empathie durch rassistische Diskurse abgestumpft wurde.

Die weitere politische und rechtliche Verschlechterung der Situation von Menschen

in Transit lässt sich in den letzten Jahren deutlich beobachten. Eine Aktivistin von Kesha Niya sagt dazu: „Menschen verschwinden nicht, wenn man aufhört ihnen Essen zu geben. Aber dies denken offensichtlich viele europäische Politiker.“ Unter diesen Gegebenheiten nutzen die Gruppenmitglieder ihre eigenen Privilegien bewusst als Solidarität und Widerstand gegen das europäische Grenzregime. □

¹ Wir benutzen in unserem Artikel den Begriff „Menschen in Transit“, um deutlich zu machen, dass diese Migrant*innen an diesem Ort noch während ihrer Migration und noch nicht an ihrem Zielort angekommen sind. Dies unterscheidet sie von Migrant*innen, die in Ventimiglia ein Zuhause gefunden haben.

Solidarität

von Migrant*innen für Migrant*innen

Die in diesem Kapitel vorgestellten politischen Solidaritätsprojekte eint, bei aller Unterschiedlichkeit, das Konzept der Selbstorganisation. Selbstorganisation bedeutet, dass die Betroffenen von Unterdrückung und Ausschließung sich selbst zusammenfinden und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpfen. Wie an der Arbeit der Frankfurter *Deutsch-Iranischen Mädchen- und Frauenberatungsstelle* oder dem *Afghan Refugees Movement* deutlich wird, unterscheiden sich die Praxen dieser Gruppen von anderen Solidaritätsprojekten nicht in unbedingt durch die konkreten Tätigkeiten. Unterstützung durch Beratungsgespräche oder bei Problemen mit Ämtern finden auch in diesen Projekten statt.

Der Unterschied liegt vielmehr darin, sich unter den Bedingungen von rassistischer Ausgrenzung und sozialer Ausschließung selbst zu organisieren und als politisches Subjekt zu begreifen. So fordern die *Women in Exile & Friends*, die sich 2003 als Initiative von geflüchtete Frauen* gegründet haben, mit ihrem politischen Aktivismus das europäische Grenzregime und das Lagersystem für Asylsuchende heraus. Neben den an Politik und Gesellschaft gerichteten Forderungen beinhaltet Selbstorganisation immer auch die Dimension der Selbstermächtigung, des Empowerments. Subjekte und Gruppen, die Diskriminierungserfahrungen teilen, nehmen sich das Recht, für ihre Forderungen und Belange selbst einzutreten.

Für uns ist Solidarität kein Hobby!

Das Afghan Refugees Movement (im Folgenden ARM) ist eine exklusiv migrantische Gruppe, die sich im Sommer 2015 im Rhein-Main-Gebiet gegründet hat. Ihrer Perspektive auf die politische Bedeutung von migrantischen Identitäten und ihren Anforderungen an solidarische Kooperationen widmet sich dieser Beitrag.

Von Hilal Akdeniz, Max Baum, Candas Filiz, Mirela Hauck, Isa Mahmut und Marcel Nekolla

Die Unterzeichnung eines Rückübernahme-Abkommens mit der Europäischen Union durch die damalige afghanische Regierung im Oktober 2016 war für aus Afghanistan nach Europa Geflüchtete eine Zäsur. Von einem Tag auf den anderen waren mehr als 80.000 Afghan*innen in der EU akut von Abschiebungen in eines der gefährlichsten Länder der Welt bedroht.

Unter diesen Umständen entschied sich das ARM, den Widerstand gegen Abschiebungen und den Kampf für das Bleiberecht von Afghan*innen auf die Straße zu tragen. Demonstrationen am Frankfurter Flughafen sollten der deutschen Öffentlichkeit vor Augen führen, dass Abschiebungen von Menschen in Kriegsgebiete inhuman sind und Menschenrechtsverletzungen darstellen.

In den folgenden Jahren hat die Bewegung ihren Kampf gegen Unterdrückung, rassistische Ausgrenzung und Ausbeutung – zum Beispiel im Kontext von Ausbildung, Lohnarbeit oder Asylverfahren – ausgeweitet. Seitdem am 13. April 2018 in Fulda der afghanische Geflüchtete Mati-

ullah J. von einem Polizisten erschossen wurde, thematisiert das ARM ebenfalls vermehrt Polizeigewalt sowie rassistische Polizeikontrollen.

Neben dem politischen Aktivismus bildet beim ARM die persönliche und familiäre Communityarbeit den Kern der politischen Arbeit. Um gemeinsam und solidarisch für die eigenen Rechte kämpfen zu können, ist der Austausch zwischen den Mitgliedern, das Aufbauen von Vertrauen, die gegenseitige Wertschätzung sowie der niedrigschwellige Zugang zur Bewegung für ARM zentral. In einer strukturell rassistischen Gesellschaft versteht das ARM geteilte Erfahrungen als Grundlage für die eigene politische Perspektive.

“Ja, es geht natürlich darum, dass man die gleichen Rechte hat, wie allen anderen Menschen und nicht benachteiligt wird, nur weil man seine Heimat verlassen musste.

Solidarität als Weg und Ziel

Für die Mitglieder des ARM ist es von besonderer Bedeutung zunächst untereinander solidarisch zu sein, um sich dann daraus gestärkt nach außen hin selbst zu repräsentieren und für die eigenen Rechte zu kämpfen. Für das ARM ist diese interne Solidarität exklusiv migrantisch, denn aufgrund ähnlicher Erfahrungen von Marginalisierung können sie gegenseitig ihre Lebensrealitäten besser nachvollziehen als Personen, die nicht den gleichen Erfahrungshintergrund haben. Interne Solidarität heißt für das ARM auch den diversen Lebensrealitäten seiner Mitglieder Rechnung zu tragen, z.B. durch den rücksichtsvollen Umgang mit verschiedenen Sprachniveaus oder unterschiedlichen sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen. Solidarität umfasst hier nicht nur den gemeinsamen politischen Aktivismus, sondern beinhaltet darüber hinaus gegenseitige Unterstützung im privaten Bereich. Daher sind gemeinsame Essen, das „Aufeinander achten“ sowie „Reden und Zuhören“ genauso wichtig, wie beispielsweise das Organisieren einer Demonstration gegen Abschiebung. Dieses Verbinden von privatem und öffentlichem Engagement zeichnet das ARM aus.

Zur Erreichung der politischen Ziele kooperiert das ARM mit anderen politischen Gruppen und Organisationen, welche von ARM als „linke weiße Gruppen“ beschrieben werden. Es wird in diesen Kooperationen von Seiten ARMs ausdrücklich Wert auf ein „inklusives“ Solidaritätsverständnis gelegt, welches sich dadurch auszeichnet, dass „nicht über einen geredet wird, sondern mit einem.“ Für das ARM bedeutet „echte Solidarität“: „das Problem einer anderen Person sehen, auch wenn

sie das Problem selbst nicht haben“, um dann in einem zweiten Schritt „Privilegien zu teilen und abzugeben“. Überdies macht das ARM deutlich, dass Solidarität keinen Platz für Bevormundung lässt. Von ARM formulierter Bedarf an Hilfe sollte von den Kooperationspartner*innen gehört sowie ernstgenommen werden. Gemeinsame Aktionen und Kooperationen können aus Sicht des ARM nur dann solidarisch sein, wenn sie auf Augenhöhe stattfinden und keine Machthierarchien reproduzieren.

Herausforderungen in der Kooperation mit anderen Gruppen

Das tatsächliche Verhältnis des ARM als migrantischer Gruppe zu linken, mehrheitlich weißen Gruppen bewegt sich in einem Spannungsverhältnis zwischen umkämpften Machtansprüchen, ungleicher Ressourcenverteilung und dem Wunsch nach reflektierten Kooperationspartner*innen. Problematisiert wird von ARM die Dominanz linker, weißer Gruppen, welche sich u.a. durch die Vereinnahmung von Redebeiträgen sowie der nicht ausreichenden Berücksichtigung diverser migrantischer Lebensrealitäten äußert. Kritik an den diskriminierenden Praxen mehrheitlich weißer Gruppen würde vermehrt mit „Aggressivität“ oder „Beleidigt-Sein“ beantwortet. Politische Positionen des ARM würden zudem als unprofessionell oder nationalistisch abgewertet. Darüber hinaus beschreibt das ARM einen Druck zur Anpassung an die von den anderen Gruppen gesetzten Verhaltensweisen. Trotz diesem problematischen Verhältnisses kooperiert ARM aber weiter mit diesen Gruppen, da diese über Privilegien wie politische Sichtbarkeit oder Zugang zu Veranstaltungs-orten verfügen.

Warum Identitäten von Bedeutung sind

Ein kritisches Verständnis von Solidarität geht stets von unterschiedlichen Positionierungen und Zugängen zu Macht aus. Nicht nur die sich selbst als migrantisch bezeichnenden Perspektiven betonen die Unterschiede auf der Ebene der Identität von Gruppen und Personen. Anstatt die Identitäten aufzulösen, wie es beispielsweise der Diskurs um die „postmigrantische Gesellschaft“ macht, beharrt das Afghan Refugees Movement auf der Bedeutung des Unterschieds, ob jemand migriert/geflüchtet ist oder eben nicht. Die Identität als Migrant*in/Geflüchtete*r ist dabei eine Form der Sichtbarmachung von Marginalisierung und fehlenden Privilegien.

Die Anerkennung von Hierarchien und unterdrückten Identitäten ist jedoch nur der erste Schritt, den das ARM von solidarischen Menschen oder Gruppen einfordert. Dem ARM ist es wichtig, dass die Anerkennung von ihrer Identität auch mit der Wahrnehmung von ihnen als handelnde und kämpfende Subjekte einhergeht, denn Marginalisierung ist kein Zustand, sondern vielmehr ein Prozess, zu dem auch „es gut meinende“ Unterstützer*innen beitragen können. Daraus folgt die Verantwortung in solidarischen Beziehungen, der Marginalisierungen durch die Reflektion der Position in dieser eigenen Arbeit entgegenzuwirken. Solidarität entsteht folglich durch einen emanzipatorischen Umgang mit der eigenen privilegierten Identität, dem daraus folgenden Teilen von Privilegien und dem Ziel der Aufhebung von Marginalisierungen.

Das ARM hat erlebt, dass das reelle Abgeben von Privilegien für linke weiße Unterstützer*innen sehr herausfordernd sein

kann. Es können Abwehrhaltungen hervortreten, wie die Furcht vor der Einsicht, dass die Privilegierten selbst Unterdrücker*innen sind, welche das Thema Rassismus zur eigenen Profilierung nutzen und dadurch nicht-weißen Menschen schaden.

Doch dabei muss es nicht bleiben. Wenn Privilegien geteilt werden, können Identitätspositionen verändert und die Gesellschaft insgesamt gerechter werden. Grundlage dafür ist jedoch laut ARM, dass sich die Marginalisierten selbst als solche gemeinsam organisieren und sich untereinander stärken. Zusammen können sie stärker als alleine für eine Verbesserung ihrer geteilten Lebenswirklichkeiten kämpfen, selbstbewusst Kooperationen mit anderen Gruppen eingehen und sich selbst aus ihren marginalisierten Positionierungen in der Gesellschaft befreien.

Herausforderungen praktischer Solidarität

Dieser Einblick in das Solidaritätsverständnis des Afghan Refugees Movement eröffnet eine bisweilen unbequeme Sichtweise auf Solidarität. Solidarität kann nicht durch eine Tat, nicht durch eine Kooperation oder ein Sprechen über Probleme entstehen. Solidarität ist mit Selbstkritik und dem Erkennen unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionierung verbunden. Um solidarisch zu sein, reicht demnach nicht eine gemeinsame Praxis oder die gleiche politische Einstellung. Es ist das Bewusstsein für die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten, welches Solidarität ermöglicht. Das Erkennen der jeweiligen eigenen Position innerhalb gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse soll dazu anregen sich immer wieder die Frage zu stellen: Wie kann ich selbst ein solidarischer Mensch sein? □

„Wir sind Familie, wir sind da“

Einen Verein von iranischen Frauen für iranische Frauen* zu gründen, das war das bewusste Anliegen, als sich Anfang der 1980er Jahre die „Autonome Iranische Frauenbewegung“, heute „Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen e.V.“ (DiB), gründete. Damals wie heute geht es DiB darum, iranischen Frauen* im Rhein-Main-Gebiet Unterstützung anzubieten und sie dazu zu befähigen, langfristig nicht mehr auf Hilfe angewiesen zu sein.*

Von Janina Barth, Marie Grasse und Hella Rabien

Die eigene Betroffenheit als Ausgangspunkt

Das Motiv für die Gründung war die eigene persönliche Betroffenheit der Gründerinnen. Als sie Anfang der 1980er Jahre vor den Auswirkungen der sogenannten Islamischen Revolution flohen und nach Deutschland ins Exil gingen, sahen sie ihre Anliegen in der deutschen Gesellschaft politisch nicht repräsentiert. Anderen iranischen Frauen*, die nach Deutschland kamen, sollte es anders gehen, so der Leitgedanke. Dieses Anliegen zeugt von einer starken emanzipatorisch-feministischen Haltung: Solidarität erwächst hier aus der geteilten Erfahrung der Benachteiligung.

“*Anderen iranischen Frauen*,
die nach Deutschland kamen,
sollte es anders gehen.*

Ein ähnliches Motiv lag auch der Etablierung von Nahal, des Cafétreffs und Beratungszentrums für queere Migrantinnen und Geflüchtete innerhalb des Vereins, zugrunde: Als lesbische, alleinerziehende, nicht-christliche Frau aus dem Iran, die kaum Deutsch

spricht und politisch aktiv sein will, habe sie in anderen politischen Bewegungen „ihren Platz nicht gefunden“, erzählt die Queerbeauftragte des Vereins. Aus dieser Erfahrung heraus gründete sie im Jahr 2007 Nahal.

Hilfe für ein selbstbestimmtes Leben

Es geht darum, Frauen* dabei zu unterstützen, selbst über sich zu bestimmen. Ihre solidarische Praxis wendet sich klar gegen Unterstützungsformen, die langfristige Abhängigkeiten der Hilfsbedürftigen von den Helfenden produzieren: „Du kannst einer Frau immer wieder zehn Jahre helfen, sie zum Amt bringen, übersetzen, dies und jenes machen, und am Ende bist Du an die Stelle des Mannes getreten“, hält eine der Engagierten fest. Die Frauen* sollen vielmehr selbst entscheiden können, welche Form der Unterstützung ihnen dabei hilft, langfristig keine Hilfe mehr zu benötigen.

Das wird auch in der Arbeitsweise deutlich: Die Engagierten passen sich immer dem Bedarf an, der von den Frauen* geäußert wird. So entstehen immer wieder neue Gruppen und Schutzzräume zum Aus-

tausch über Erfahrungen zu einem bestimmten Thema. Wenn der Bedarf nicht mehr gegeben ist, löst sich die Gruppe auf. Es erfordert insgesamt eine enorme Bereitschaft von Seiten der Engagierten, die eigene Arbeit immer wieder zu reflektieren und sich auf neue Themen einzulassen. Zugleich zeugt es von absoluter Solidarität, sich gänzlich auf die Bedürfnisse der Frauen* einzulassen und sie in der Situation, in der sie sich gerade befinden, vorbehaltlos zu unterstützen. Damit verbunden ist auch eine enorme Lernbereitschaft der Engagierten. Beispielsweise erzählen sie, dass derzeit viele jüngere Frauen zu DiB kommen, die eine neue Beziehung eingehen und sich nun bei der Beratungsstelle eine Meinung über ihren neuen Partner einholen wollen. Ein Teammitglied von DiB sagt, sie bespreche auch diese Themen, obgleich sie nicht wirklich in das Spektrum ihrer Beratungsarbeit fallen. Sie verwehre sich aber nicht der Anfrage: Man müsse das Bedürfnis ernst nehmen, da dahinter häufig andere Ursachen und Probleme stünden.

Mehrfachdiskriminierung als Solidaritätsperspektive

Die Beispiele zeugen davon, dass sich die Engagierten den verschiedenen Dimensionen der Diskriminierung von nach Deutschland geflüchteter Frauen* bewusst sind – nicht zuletzt dadurch, dass sie diese auch selbst immer wieder erfahren. Vor dem Hintergrund dieser Mehrfachdiskriminierung erwächst ihre konkrete solidarische Praxis. Was alle Frauen* bei DiB eint, ist die Erfahrung von Rassismus, betont die Queerbeauftragte des Vereins. Konkret für lesbische Migrant*innen hält sie fest: „Nicht Lesbischsein ist das eigent-

liche Problem, sondern Diskriminierung und Rassismus.“ Rassismus und rechtliche Diskriminierung machen den Schutzraum, den DiB bietet, auch auf lange Sicht notwendig und erschweren es, dass „Hilfe zur Selbsthilfe“ gelingen kann. Das wird zum Beispiel an den Deutschkursen sichtbar, die DiB anbietet. Die Kurse seien vor allem für Menschen bestimmt, die in staatlichen Deutschkursen nicht mitkämen oder denen der rechtliche Anspruch auf einen Deutschkurs verwehrt werde.

Schutzraum vor Perspektivlosigkeit und Rassismus

Doch geht es bei Angeboten wie dem Deutschkurs nie ausschließlich um das Erlernen der Sprache. Zentral ist vielmehr, Menschen ein gewisses Maß an Kontinuität und das Gefühl von Beständigkeit zu geben, die in der ständigen Unsicherheit leben, abgeschoben zu werden. Einige lebten über einen Zeitraum von bis zu fünfzehn Jahren nur als Geduldete in Deutschland. Dies wiederum spiegelt den Teufelskreis wider, in welchem sich viele der Frauen* befinden: Ohne einen Aufenthaltstitel dürfen sie in Deutschland nicht arbeiten, ohne eine Arbeit fehlt ihnen eine Perspektive. Auch diejenigen, die ursprünglich mit großem Elan nach Deutschland gekommen seien, würden durch diese Perspektivlosigkeit und Unmenschlichkeit zu „Zombies“, wie eine der Engagierten festhält. Aber nicht nur die rechtliche Unsicherheit erschwert das Ankommen und Heimisch-Werden in Deutschland. Auch die ablehnende Haltung weiter Teile der Gesellschaft provoziere das Gefühl, zwischen den Kulturen zu stehen. Rassismus und Abwertung aufgrund äußerlicher Merkmale würden immer wieder vor

Augen führen, „wie stark man verwurzelt ist, dass man gar nicht an die Wurzeln kommt“, so eine Mitarbeiterin des Teams. Angesichts der stetigen Verschärfung der Rechtslage im Kontext von Flucht und Migration und des gesellschaftlichen Rassismus rät sie denjenigen, die noch im Iran seien, und sie fragten, ob sie nach Deutschland kommen sollten: „Wenn ihr nur Wasser und Brot habt, bleibt dort.“

Gemeinschaftsbildung als antirassistische Handlung

Dem Team von DiB ist es wichtig, nicht nur soziale Arbeit zu machen, sondern als Verein politisch wirkmächtig zu sein. Dazu zähle auch, bei Demonstrationen präsent zu sein und immer wieder Kritik an herrschenden Unrechtspraxen zu üben. Aus diesem Grund arbeitet DiB weitestgehend unabhängig von staatlichen Stellen oder Mitteln. Zwar nimmt der Verein finanzielle Unterstützung für die Beratungstätigkeit in Anspruch. Jedoch wird der Großteil der Arbeit ehrenamtlich geleistet oder über Spendengelder finanziert. Deutlich wird, dass Solidarität bei DiB als „widerständige Handlung“¹ praktiziert wird. Es geht darum, Missstände anzuprangern und sich damit konkret gegen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu positionieren.

Darin, dass sie die eigenen solidarischen Praxen immer wieder reflektieren und sich fragen, ob das, was sie tun, dem gegenwärtigen Bedarf der Frauen* entspricht, führen die Engagierten eine zentrale Bedingung für solidarisches Handeln jenseits von Hierarchien vor Augen: die unbedingte Bereitschaft, sich auf die spezifische Situation der Gegenüber einzulassen. Dazu gehört, ihr zuzuhören und nicht vorschnell

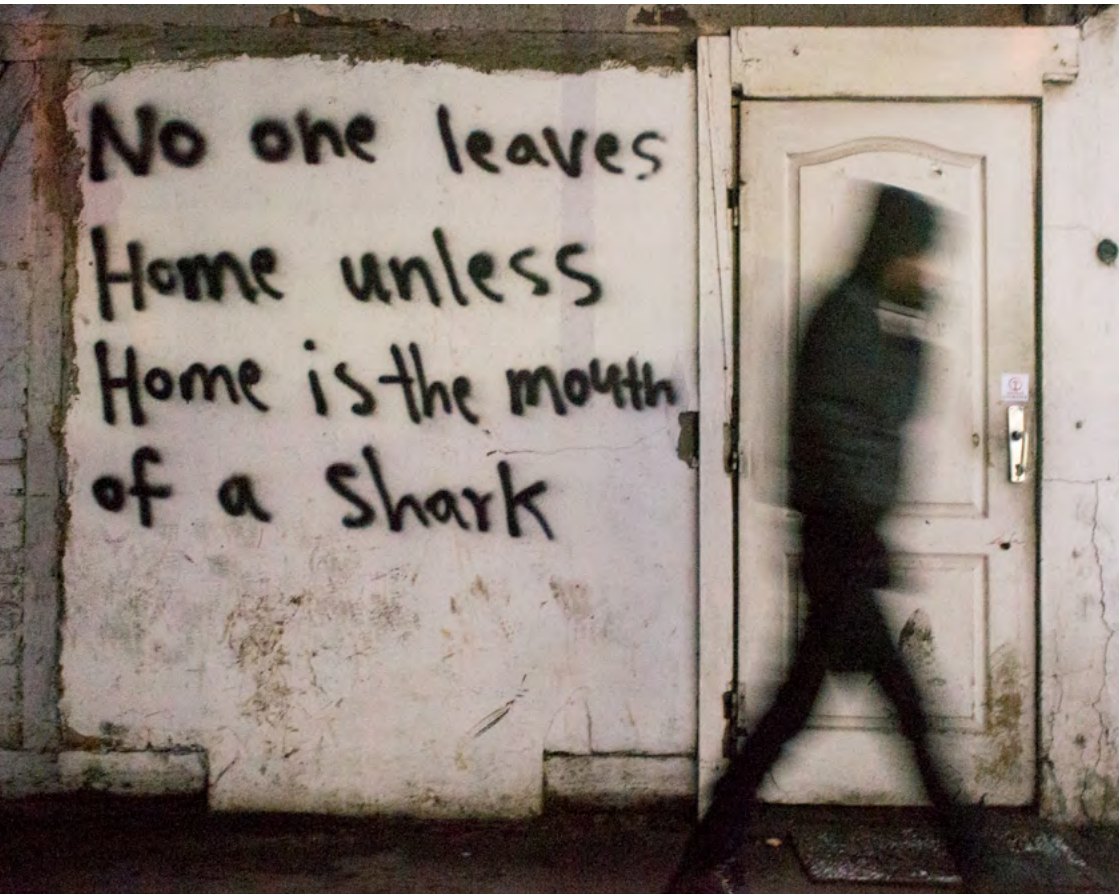
Unbekanntes mit eigenen, vermeintlich ähnlichen, Erfahrungen gleichzusetzen. DiB leistet Solidarität, in dem sie eine Gemeinschaft bildet, für die die geteilte Erfahrung als iranische Frau* in Deutschland den Ausgangspunkt bietet. Durch die Sicherheit wiederum, die diese Gemeinschaft den Einzelnen gibt, erwächst ein neues Selbstbewusstsein, selbst für die eigenen Rechte und Freiheiten einzustehen.

Gemeinschaftsbildung als Antwort auf Mehrfachdiskriminierung

Zugleich lässt die solidarische Praxis Raum dafür, sich zu öffnen und Halt zu erfahren, auch in Situationen, die über die geteilte Erfahrung von strukturellem Rassismus und Diskriminierung hinausgeht. „Wir sind Familie, wir sind da“, hält eine Engagierte fest. Das Bild der Familie scheint in diesem Zusammenhang auch für die vielschichtige Funktion zu stehen, die diese Form der Solidarität für die Mitglieder der Solidargemeinschaft besitzt: Nicht zuletzt kann sie eine Art idealisierten Ersatz für die wirkliche Familie darstellen, die den Betroffenen eventuell nicht mehr zur Seite steht oder stehen kann. Zugleich ist „Familie“ Sinnbild dafür, dass man sich aus der wahrgenommenen Notwendigkeit heraus solidarisiert. Freund*innen kann man sich aussuchen, Familie nicht. Natürlich ist der solidarische Einsatz freiwillig, doch scheint im Team immer wieder durch, dass sie es als eine Art moralische Verpflichtung sehen, sich Menschen mit ähnlichen Erfahrungen (sozusagen „Familienmitgliedern“) gegenüber solidarisch zu zeigen. Und – das scheint für die solidarische Praxis im Verein maßgebend – jedes Mitglied der Gemeinschaft wird als Einzel-

person anerkannt und wertgeschätzt: „Bei allen haben wir versucht, dass sie sich nicht verkriechen, dass sie selbstbewusster werden gegenüber einer Gesellschaft, die sich verbarrikadiert und die Andersaussehende, Andersdenkende isoliert“. □

1 Broden, Anne/Mecheril, Paul 2014: *Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Einleitende Bemerkungen*, in: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): *Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage*. Bielefeld, S. 7-20



Flüchtlingsfrauen* werden laut

Women in Exile ist eine der am längsten bestehenden Initiativen von geflüchteten Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie setzen auf das Empowerment geflüchteter Frauen* und arbeiten auch mit anderen Frauen*gruppen zusammen. Dabei formulieren sie beständig eine radikale, feministische Kritik an dem hiesigen Asyl- und Aufenthaltssystem.*

Von Nicole Bärthlein, Naomi Bi, Madeleine Brings und Maria Elena Troia

Women in Exile bringt Frauen*bewegung und Protest von Geflüchteten zusammen

Die Gruppe Women in Exile versteht sich als Brücke zwischen der Frauen*bewegung und dem politischen Kampf von geflüchteten Menschen in Deutschland. Sie machen feministische Politik, weil ihnen in gemischtgeschlechtlichen Gruppen, also solchen in denen Frauen* und Männer gemeinsam Politik machen, in der Vergangenheit oft der Platz für frauenspezifische Themen und Anliegen fehlte. 2011 öffneten sie ihre Organisation für die Unterstützung von Aktivistinnen* ohne Fluchthintergrund, da sie sagen: „the fights are the same, but with different approaches“ („Die Ausgangspunkte sind unterschiedlich, aber die Kämpfe sind die gleichen“). Seitdem heißen sie „Women in Exile & Friends“. Ihr Fokus liegt auf empowerndem Aktivismus und Kampagnen zur Verbesserung der Lage von geflüchteten Frauen*. Bei Demonstrationen, kreativen Aktionen, Bustouren oder Veranstaltungen wie dem „Building Bridges Festival“, erheben die geflüchteten Frauen* ihre Stimmen und „werden laut“. Als maß-

gebliches Ziel der Gruppe formulieren sie „die Utopie einer gerechten Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, mit gleichen Rechten für alle Menschen, egal, woher sie kommen und wohin sie gehen.“

„Von der Unterstützung bei persönlichen Problemen hin zu politischem Aktivismus. So geht bei uns Empowerment.“

Die zentrale Säule ihres politischen Aktivismus bildet das *Empowerment* der einzelnen Mitglieder. Grundlage dafür ist die Bildung von geschützten Räumen, sogenannten *Safe Spaces*, in denen die geflüchteten Frauen* frei über ihre spezifischen Diskriminierungserfahrungen sprechen können. So können sie sich gegenseitig im Umgang mit ihren Problemen unterstützen, die oft eben keine individuellen Probleme sind, wie die Frauen* in den Diskussionen merken. Die Solidarität der geflüchteten Frauen* untereinander und der „Peer to Peer“-Ansatz – das Miteinander unter Gleichen – sind die Basis für ein gemeinsames Lernen und Wachsen

in einer „familiären“ Atmosphäre. Sie erzeugen ein Gefühl der Verbundenheit in einem geschützten Raum für geflüchtete Frauen*.

Die gemeinsamen Diskriminierungserfahrungen im Alltag sind der Ansatzpunkt, um politisch aktiv zu werden. Gemeinsam suchen sie nach Strategien und Handlungsmöglichkeiten, um ihr Leben unter den Bedingungen der Unterbringung in Lagern, der Bedrohung durch Abschiebung und der Übergriffe durch männliche Mit-Untergebrachte und Angestellte zu verbessern. Die individuelle Heilung, Stärkung und Selbstermächtigung sind in dieser Perspektive integraler Bestandteil ihres politischen Aktivismus. Außerdem bilden sich die Mitglieder der Gruppe über ihre Rechte und Möglichkeiten in Workshops weiter, damit sie selbstbewusst und eigenbestimmt ihre Anliegen in die breitere Öffentlichkeit tragen können. Die Verbesserung der individuellen Lebenssituation und der politische Kampf für gleiche Rechte gehen dabei Hand in Hand.

“Zusammenarbeiten, um den Kampf stärker zu machen.

Darüber hinaus spielt beim Empowerment die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen eine wichtige Rolle. Die Women in Exile sind sich der Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten sehr bewusst. Deswegen gehen sie gezielt Kooperationen mit solidarischen feministischen Gruppen ein, um die Wahrnehmbarkeit ihres politischen Kampfes zu erhöhen. Unter der Idee „Zusammenarbeiten, um den Kampf stärker zu machen“ arbeiten sie mit Unterstützer*innen, den *Friends*, und

anderen Gruppen so zusammen, dass die Kooperation die Selbstbestimmung der Flüchtlingsfrauen* stärkt - und nicht weitere Abhängigkeiten schafft.

Die *Friends* nutzen ihre Privilegien und unterstützen die Women in Exile bei ihrer politischen Arbeit, indem sie ihre zeitlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen zur Verfügung stellen und, wo nötig, unterstützend zur Seite stehen. Sie entlasten die Aktivist*innen von Women in Exile beispielsweise bei der Kinderbetreuung oder bei bürokratischen Angelegenheiten, kümmern sich um den Transport von Menschen und Materialien oder die Finanzierung der Arbeit von Women in Exile und dokumentieren die Aktionen der Gruppe. Die Zusammenarbeit basiert dabei oft auf einem freundschaftlichen Verhältnis. So sind die *Friends* manchmal eben einfach als Freundinnen* da, wenn sie gebraucht werden. Sie beteiligen sich außerdem an der Ausarbeitung der politischen Strategien mit den geflüchteten Frauen*.

Insgesamt zeigt sich, dass die Women in Exile & *Friends* ein genuin politisches Verständnis von Solidarität haben – und das in einem doppelten Sinne: Solidarität ist die Grundlage der Zusammenarbeit der Flüchtlingsfrauen* und Solidarität ist zugleich die Möglichkeit Hierarchien und Machtunterschiede zwischen den Flüchtlingsfrauen und den Unterstützerinnen* abzubauen. Solidarität wird damit zu einer transformativen politischen Praxis.

Die Inanspruchnahme von Solidarität außerhalb der Kerngruppe von geflüchteten Frauen* führt nicht zur Abschwächung oder dem Rückgang der Selbstbestimmung der Flüchtlingsfrauen*. Denn bei all der Unterstützung ist für die Zusammen-

arbeit bei Women in Exile & Friends „zentral, dass die Flüchtlingsfrauen* [...] das Sagen haben“, um möglichen Dominanzstrukturen innerhalb der Organisation entgegenzuwirken. Im Vorfeld der Öffnung der Organisation für nicht-geflüchtete Frauen* im Jahr 2011 wurde dies direkt in Workshops vorbeugend thematisiert. Die Kooperation zwischen den geflüchteten Frauen* und den Friends kann als „best practice“-Beispiel in der Anti-Rassismus-Arbeit gesehen werden, bei der mit Hierarchien gebrochen und auf Augenhöhe miteinander geredet wird.

„Best practice“-Beispiel für antirassistische Solidarität

Ganz zentral ist deshalb, dass Hilfe von außen nur angenommen wird, wenn sie wirklich nötig ist. Die Women in Exile wissen genau was sie wollen und was sie brauchen und sind sich gesellschaftlicher Macht- und Dominanzverhältnisse bewusst. So wählen sie nur jene solidarischen Kooperationen aus, die ihre eigenen politischen Zwecken helfen. Das erfordert eine kontinuierliche und aktive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen der externen Unterstützung. Für die Women in Exile & Friends ist neben der Selbstbestimmung auch die ständige Reflektion ihrer eigenen Vorurteile und ihrer Arbeit ein zentrales Element ihres Aktivismus.

„Die Menschen sollten die Kämpfe anderer zu ihren eigenen Kämpfen machen“

Jedoch machen sich die Women in Exile keinerlei Illusionen, dass die Überwindung von Unterdrückung und Diskriminierung allein durch die Veränderung des Mit-

einanders auf der persönlichen Ebene gelingen kann. Es sind aus ihrer Perspektive auch die ‚großen‘ politischen und ökonomischen Strukturen auf nationaler und internationaler Ebene, die ein würdiges Leben von geflüchteten Frauen* verhindern. So spüren die Aktivistinnen* seit Jahren, dass sich die Situation für geflüchtete Menschen verschlechtert. Auch wenn Women in Exile & Friends sich erfolgreich selbst Empowerment konnten, so sind große gesellschaftliche Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen vorerst ausgeblieben. Es ist notwendig, dass sich jede Person ihrer Privilegien und Möglichkeiten bewusst wird und diese – wie Women in Exile & Friends – dafür einsetzt, Räume für eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks und des zunehmenden politischen Autoritarismus fordert die Gruppe mehr Solidarität: „People should make their fight other peoples fight“ („Die Menschen sollten die Kämpfe anderer zu ihren eigenen Kämpfen machen“). □





Informationen und Kontakt zu den Gruppen und Organisationen

AFGHAN REFUGEES MOVEMENT

Das Afghan Refugees Movement (ARM) hat sich 2016 als selbstorganierte Gruppe von afghanischen Geflüchteten im Rhein-Main-Gebiet gegründet. Ziel der Gruppe ist es, sich gegenseitig bei alltäglichen Problemen und Herausforderungen zu unterstützen sowie für die Rechte von Migrant*innen einzutreten. Seitdem die afghanische Regierung sich Ende 2016 bereit erklärt hat, im Gegenzug für finanzielle Hilfe durch die EU unter Federführung der Bundesregierung aus der EU abgeschobene Geflüchtete wieder aufzunehmen, kämpft das ARM gegen die Abschiebungen in das von ökonomischen Krisen, politischer Verfolgung und militärischer Gewalt geprägte Land.

Kontakt:

E-Mail: afghanrefugees@outlook.de

Facebook: [fb.com/afghanrefugeesmovement](https://www.facebook.com/afghanrefugeesmovement)

DEUTSCH-IRANISCHE BERATUNGSSTELLE FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN E.V.

Unsere Beratungsstelle ist seit 1984 eine Anlaufstelle für alle im Rhein-Main-Gebiet ansässigen oder/und zuziehenden persischsprachigen Frauen und Mädchen. Ziel unserer Arbeit ist, neben der Hilfe beim Bewältigen von Problemsituationen, das Bewahren der eigenen Kultur und das Stärken der Identität als Basis für eine gute soziale Integration. Wir setzen uns konsequent für die Rechte und Interessen hier lebender Frauen und Mädchen aus dem Iran und aus Afghanistan ein. Dabei lehnen wir die Opferrolle, in die Migrantinnen und Flüchtlinge gedrängt werden, oder sich selbst hineinbegeben, grundsätzlich ab. Dadurch vermindern wir präventiv die klassischen Probleme der im Exil Lebenden.

Kontakt:

Deutsch-Iranische Beratungsstelle
für Frauen und Mädchen e.V.
Hohenstaufenstr. 8
60327 Frankfurt am Main

Tel.: (069) 77 20 50 (Mo. – Fr. von 9 – 12 Uhr)
E-Mail: dib-frauen@web.de
[www: dib-frauen.de](http://www.dib-frauen.de)

HILFE FÜR MENSCHEN IN ABSCHIEBEHAFT BÜREN E.V.

Der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. besteht seit 1994, nachdem die Abschiebehaftanstalt in Büren eröffnet wurde. Seine Mitglieder arbeiten ehrenamtlich und unabhängig. In dem Verein haben sich Menschen verschiedener Alters- und Berufsgruppen, Nationalitäten und Weltanschauungen zusammengefunden. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Abschiebehaft abzuschaffen und solange dieses Ziel nicht realisiert ist, die Gefangenen in ihrer Notlage zu unterstützen.

Kontakt:

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft
Büren e.V.
Remmighauser Str. 47
32760 Detmold

Tel.: 07 00 – 22 99 77 11
E-Mail: info@gegenabschiebehaft.de
[www: gegenabschiebehaft.de](http://www.gegenabschiebehaft.de)

KESHA NIYA

Kesha Niya ist ein von internationalen Helfer*innen und Geflüchteten gleichermaßen geführtes solidarisches Projekt, das im italienischen Grenzort Ventimiglia Geflüchtete auf ihrer Route nach Frankreich unterstützt. Kern des Projekts ist eine selbstorganisierte Küche, die für mehrere hundert Menschen täglich Mahlzeiten zubereitet und Anlaufstelle für Unterstützung sowie ein Ort zum Ausruhen ist. Neben der fürsorgenden Arbeit für die Geflüchteten dokumentieren die Freiwilligen außerdem Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Institutionen und machen diese öffentlich. Der Name des Projekts geht auf den häufigen Ausruf von kurdischen Geflüchteten zurück und bedeutet im sorani-kurdischen „kein Problem“.

Kontakt:

Email: kesha-niya@riseup.net
 Facebook: [fb.com/KeshaNiyaProject](https://www.facebook.com/KeshaNiyaProject)
 www: keshaniya.org

Kesha Niya freut sich über Spenden:

Johanna Johnen
 DE 624 306 096 710 864 030 00
 GENODEM1GLS
 Betreff: Kesha Niya

REFUGEE LAW CLINIC BERLIN

Die Refugee Law Clinic Berlin e.V. ist ein studentischer Verein an der Humboldt Universität zu Berlin. Er bietet kostenlose und unabhängige Rechtsberatung für Geflüchtete und Migrant*innen in Berlin und ein Rechtsinformationsprojekt auf der griechischen Insel Samos an.

Kontakt:

E-Mail: info@rlc-berlin.org
 www: rlc-berlin.org

REFUGEE LAW CLINIC GIESSEN

Die Refugee Law Clinic Gießen ist ein Ausbildungsangebot an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Studierende der Rechtswissenschaften werden im Asyl- und Flüchtlingsrecht geschult und bieten kostenlose und unabhängige Rechtsberatung für Asylsuchende in Hessen an.

Kontakt:

E-Mail: rlc@recht.uni-giessen.de
 www: uni-giessen.de/fbz/fb01/studienprofil/rlc

TEACHERS ON THE ROAD

Seit 2013 organisieren die Teachers on the Road kostenlose, offene und niedrigschwellige Kurse und lernen zusammen mit Geflüchteten und Migrant*innen die deutsche Sprache. Mit derzeit ca. 100 Ehrenamtlichen bieten wir täglich Kurse in Frankfurt/Main und weiteren Städten an. Unsere Angebote schaffen Raum für ein wertschätzendes Miteinander, für Vernetzung und gelebte konkrete Solidarität.

Wir verstehen uns als politisches Bildungsprojekt, das Geflüchteten eine Stimme geben will. Alle Menschen, die hier leben, sollen auch Teil dieser Gesellschaft sein können. Die Sprache ist einer der Grundbausteine gesellschaftlicher Teilhabe.

Kontakt:

Schönstraße 28 (keine Postanschrift)
60327 Frankfurt am Main
Montag: 14 – 17 Uhr

E-Mail: kontakt@nksnet.org
[www: nksnet.org/teachers-on-the-road](http://www.nksnet.org/teachers-on-the-road)
(dort auch alle Informationen und Zugang zu den Kursen)

WOMEN IN EXILE & FRIENDS

Women in Exile ist eine Initiative von Flüchtlingsfrauen*, die sich 2002 in Brandenburg zusammengefunden haben, um für ihre Rechte zu kämpfen: „Wir haben entschieden, uns als Flüchtlingsfrauen*gruppe zu organisieren, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass Flüchtlingsfrauen* in doppelter Hinsicht Opfer von Diskriminierung sind: wir werden als Asylbewerberinnen* durch rassistische Gesetze ausgegrenzt und als Frauen* diskriminiert.“

2011 wurde die Gruppe 'Women in Exile & Friends' aufgebaut, in der auch solidarische Aktivistinnen* ohne Fluchthintergrund mitarbeiten. Wir kämpfen für die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze gegen Asylsuchende und Migrant*innen und gegen die Verschränkungen von Rassismus und Sexismus.

Kontakt:

Women in Exile e.V.
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam

Tel. 03 31 – 24 34 82 33
E-Mail: info@women-in-exile.net
[www: women-in-exile.net](http://www.women-in-exile.net)



stiftung **PRO ASYL** **PARTNERORGANISATIONEN DER STIFTUNG PRO ASYL**

Griechenland: Refugee Support Aegean (RSA)

Das RSA-Team unterstützt Schutzsuchende auf Lesbos, Chios und dem griechischen Festland. RSA recherchiert und dokumentiert die elende Situation in den Flüchtlingslagern, die illegalen Zurückweisungen auf See und an den Landgrenzen. Den Opfern steht RSA rechtlich und humanitär zur Seite. Gemeinsam mit den Betroffenen klagt die Organisation bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.



Serbien: KlikAktiv

Viele Schutzsuchende in Serbien haben keinen Zugang zum Asylsystem und staatlicher Unterstützung. Das Team von KlikAktiv sucht sie auf und informiert sie über ihre Rechte. KlikAktiv dokumentiert die systematischen Push-back-Praktiken der angrenzenden EU-Staaten und übernimmt die anwaltliche Vertretung von Betroffenen.



Ungarn: Hungarian Helsinki Committee (HHC)

In Ungarn wurde das Asylrecht faktisch abgeschafft. NGOs, die in diesem Bereich arbeiten, sind ein Feindbild des autoritären Regierungschefs Orbán. Für die Rechte von Schutzsuchenden und gegen die Angriffe auf die Zivilgesellschaft und Demokratie arbeitet das HHC in Budapest.



Im März 2019 rettete das Handelsschiff „El Hiblu 1“ im Mittelmeer 108 Menschen aus Seenot. Als die Geretteten realisierten, dass der Kapitän Kurs auf Libyen nimmt, protestierten sie und forderten ihn auf, sie nach Europa zu bringen. In Libyen gehören bis heute schwerste Menschenrechtsverletzungen gegen Schutzsuchende zur Normalität. Sie dorthin zurückzuschleppen, verstößt gegen internationales Recht.

Auf dem Schiff hatten drei englischsprachige, junge Menschen zwischen der Crew und den Geretteten vermittelt. Ihnen wird nun auf Malta unter den Vorwürfen der Piraterie und des Terrorismus der Prozess gemacht. Ihnen drohen lebenslange Haftstrafen.

Flucht ist kein Verbrechen. Unterstützen Sie die internationale Solidaritätsbewegung für die #ElHiblu3 und machen Sie auf den Fall aufmerksam. Kontakt und Unterstützungsmöglichkeiten unter: <https://elhiblu3.info>

